



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 7

Juli 1965

Grafik des Monats: Anteile der CDU, SPD und FDP

Bundestagswahl 1961 - Wahlkreiseinteilung 1965

Aufsätze:

Preisindex für die Lebenshaltung

30

Einkünfte der Unternehmer

Produktionsstruktur Erwerbsgartenbau

31

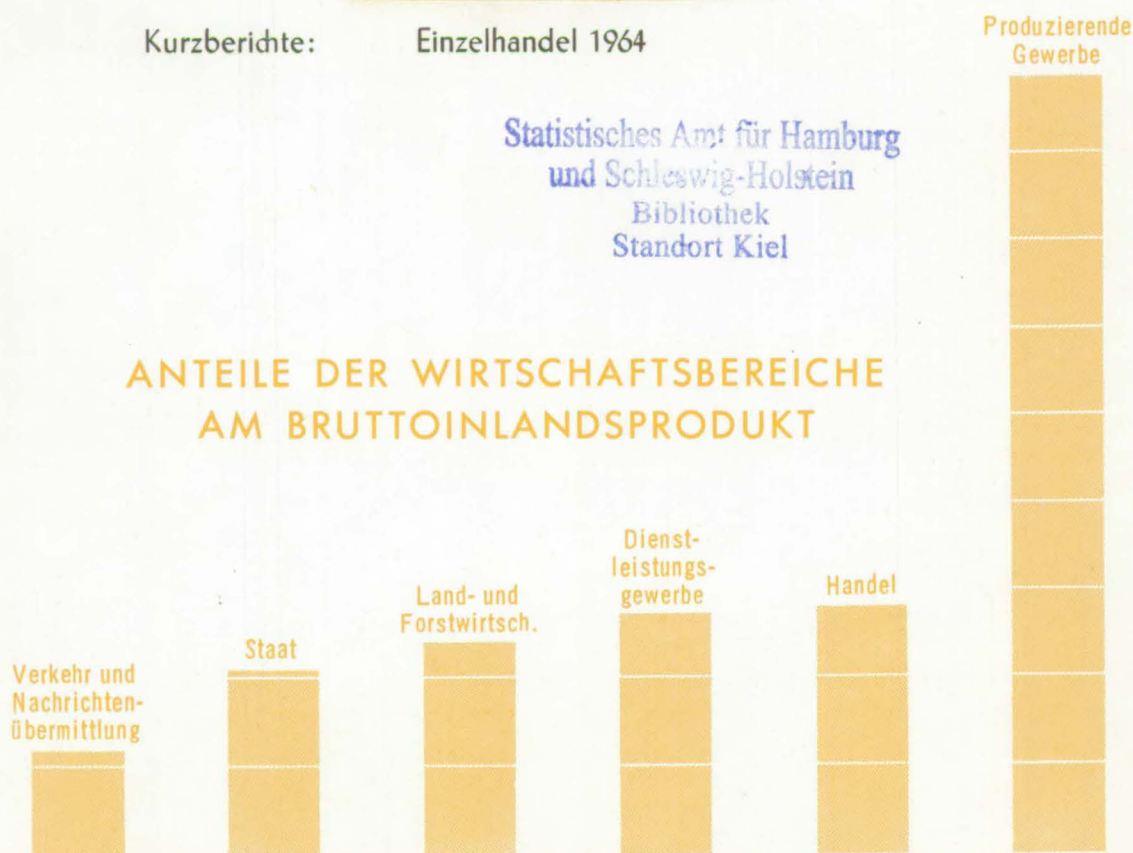
Kapitalgesellschaften

Kurzberichte:

Einzelhandel 1964

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



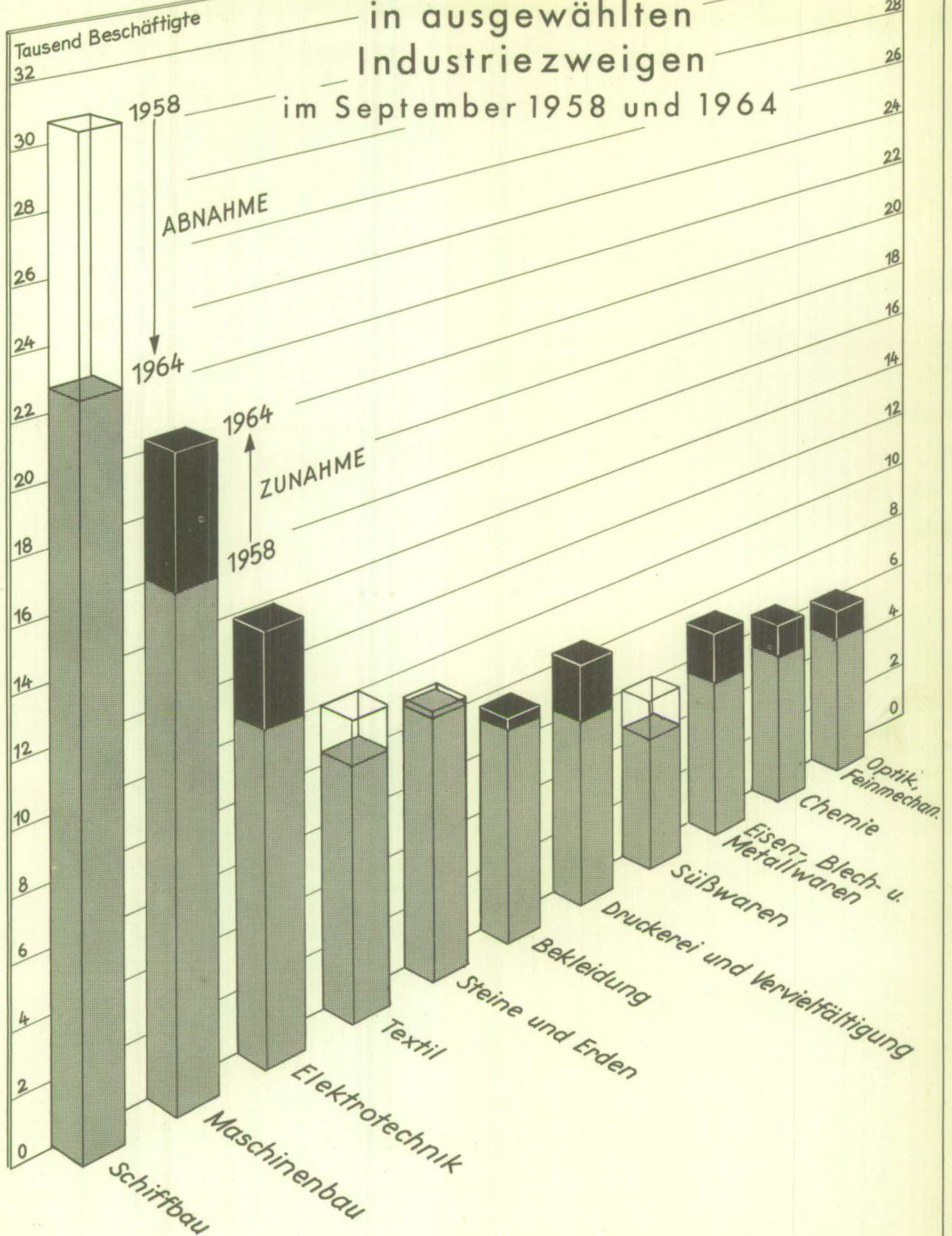
Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE BESCHÄFTIGTEN in ausgewählten Industriezweigen

im September 1958 und 1964



INHALT 7/65

Aktuelle Auslese	145
Aus dem Inhalt	146-147
Aufsätze	
Der neue Preisindex für die Lebenshaltung	148-151
Die Einkünfte der Unternehmer	151-158
Die Produktionsstruktur im Erwerbsgartenbau	158-164
Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein	164-167
Kurzberichte	
Umsätze des Einzelhandels 1964	167-168
Grafik des Monats	156-157
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A – allgemein –	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

C0/Landwirtschaftszählung 1960 – 12

„Viehhaltung, Maschinen, technische Einrichtungen und
Gebäude in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“

140 Seiten, Preis 5,90 DM

C III – j/64

„Die Viehwirtschaft in Schleswig-Holstein 1964“

40 Seiten, Preis 2,70 DM

**Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf Seite 2 und 3 dieser Einlage!**

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 2/1965

Bruttoinlandsprodukt der Kreise
Veranlagte Einkommen 1961
Bauhauptgewerbe 1964
Fremdenverkehr 1963 und 1964
Erwerbspersonen am Arbeitsort
Vermögensbildung der Arbeitnehmer

Heft 3/1965

Landeshaushalt 1965
Straffälligkeit 1963
Baulandmarkt
Personalstruktur Gewerbe

Heft 4/1965

Schülerbewegung in den Volksschulen
Milcherzeugung und -verwendung
Güterverkehr Wasser 1963
Einkünfte der freien Berufe
Preise landwirtschaftlicher Betriebsmittel

Heft 5/1965

300 Jahre Universität
Wirtschaftsräumliche Gliederungen
Krankenstand 1949 bis 1964

Heft 6/1965

Berufspendler nach dem Zeitaufwand
Betriebsstruktur im Gartenbau
Strukturveränderung Handwerk
Höhenlagen
Vertriebene in der Wirtschaft
Postleistungen 1964



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

17. Jahrgang · Heft 7

Juli 1965

Aktuelle Auslese



Anhaltend hoher Beschäftigtenstand in der Industrie

Ende April 1965 wurden von der schleswig-holsteinischen Industrie rund 178 000 Personen beschäftigt. Das ist der bisher höchste Beschäftigtenstand. Die Zahl der Beschäftigten ist gegenüber April 1964 um 5 700 Personen (3%) gestiegen. Besonders lebhaft war die Entwicklung im Maschinenbau, wo ungefähr 3 300 Beschäftigte (16%) mehr als vor einem Jahr gezählt wurden. Im Schiffbau wurde der vorjährige Beschäftigtenstand gehalten. Die Textilindustrie büßte dagegen gut 8% ihrer Beschäftigten ein. Auch die Nahrungs- und Genußmittelindustrie blieb leicht (- 1%) unter dem Vorjahresstand.

April 1965 in den Berichtsgemeinden noch 45 Jugendherbergen mit 6 100 Betten, 130 Kinderheime mit 10 700 Betten und 126 Zeltplätze.



Nicht zu schnell fahren!

Im Jahre 1964 wurden bei 13 000 Straßenverkehrsunfällen mit Personenschaden 19 400 Unfallursachen ermittelt. 74% der Ursachen waren Führern von Fahrzeugen und 14% Fußgängern zuzuschreiben. Von 100 Ursachen, die bei Fahrzeugführern festgestellt worden sind, entfielen auf

Zunehmende Verwendung von Transportbeton

Im Jahre 1964 ist der Verbrauch von Transportbeton erheblich angestiegen. Während 1963 in Schleswig-Holstein nur 238 000 t Transportbeton hergestellt worden sind, waren es 1964 über 400 000 t. Es wurden also gegenüber 1963 fast 70% mehr Transportbeton erzeugt und, da er nicht lagerfähig ist, auf den Baustellen verarbeitet.



133 000 Betten für Gäste

In den 139 zur Fremdenverkehrsstatistik berichtenden Gemeinden standen Anfang April 1965 rund 133 000 Betten für Gäste zur Verfügung, das sind 3 500 Betten (3%) mehr als vor einem Jahr. In Beherbergungsbetrieben standen 60 300 Betten bereit, in den Privatquartieren 72 500. Außerdem gab es im



Finanzierung des PH-Studiums

Von 100 deutschen Studierenden, die im Sommersemester 1964 eine Pädagogische Hochschule in Schleswig-Holstein besucht hatten, finanzierten 50 ihr Studium überwiegend aus Mitteln der Eltern, 34 aus öffentlichen Mitteln, 9 aus eigener Erwerbstätigkeit und 3 aus anderen Mitteln. Die verbleibenden 4 Studierenden hatten keine Antwort auf die Frage nach der Finanzierung gegeben.

	1963	1964
Zu schnelles Fahren	25	25
Nichtbeachten der Vorfahrt und der Verkehrsregelung	13	13
Alkoholeinfluß	13	12
Fehlerhaftes Überholen	8	8
Falsches Einbiegen nach links	5	5

Aus dem Inhalt

Preisindex für die Lebenshaltung Seite 148

Der Preisindex für die Lebenshaltung von Haushaltungen mit mittlerem Einkommen hat die Aufgabe, die Preisbewegung auf dem Verbrauchssektor isoliert von Veränderungen der Menge und Qualität der gekauften Güter darzustellen. Er gibt an, wie sich das durchschnittliche Niveau der Verbraucherpreise gegenüber der Ausgangsbasis ändert. Um dieses Durchschnittsergebnis ermitteln zu können, bedient sich der Statistiker der Warenkorbmethode. Der Warenkorb wurde nach der Währungsreform mehrmals auf die neuen Verbrauchsverhältnisse umgestellt. Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen belief sich im Januar 1965 (1962 = 100) in der Bundesrepublik auf 107. Das bedeutet: Alle ausgewählten Waren und Dienstleistungen zusammen kosteten im Januar 1965 7% mehr als 1962. Der neue Preisindex (1962 = 100, Warenkorb von 1962) wurde für die gesamte Lebenshaltung jeweils auch auf die früher gebräuchlichen Basisjahre 1938, 1950 und 1958 umbasiert. Allen 4 Indexreihen liegt die gleiche Preisentwicklung zugrunde. Sie unterscheiden sich nur durch das Basisjahr. Es ist daher gleichgültig, welche Reihe man nimmt, wenn man ausrechnen will, um wieviel Prozent die Verbraucherpreise in einer bestimmten Zeit gestiegen sind. Will man dagegen den Anstieg in Indexpunkten ausdrücken, muß man bei dem einmal gewählten Basisjahr bleiben. Außer dem Index für die gesamte Lebenshaltung werden auch Indexziffern für einzelne Bedarfsgruppen und Untergruppen von Waren und Dienstleistungen veröffentlicht. Der Preisindex für die Lebenshaltung darf nicht mit den Meßziffern der Lebenshaltungsausgaben verwechselt werden, die angeben, wie hoch die Ausgaben für die Lebenshaltung nach der jeweiligen Verbrauchsstruktur und nach den jeweiligen Preisen im Vergleich zu den Verhältnissen im Basisjahr sind. Von 1958 bis 1963 erhöhten sich die Lebenshaltungsausgaben um 42%, in der gleichen Zeit stieg der Preisindex dagegen nur um 11%. In der Differenz kommt die Verbesserung des Lebensstandards zum Ausdruck.

Einkünfte der Unternehmer Seite 151

Fast jeder Zweite der in Schleswig-Holstein 1961 zur Einkommensteuer veranlagten Steuerpflichtigen bezog Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Für 61 000 Steuerpflichtige waren die Einkünfte aus Gewerbebetrieb die Haupteinkunftsart.

Diese Unternehmer erzielten 1961 1,34 Mrd. DM Einkünfte, also 22 000 DM je Steuerpflichtigen. Ihre Nebeneinkünfte waren sehr gering, so daß ihre Einkünfte allein aus Gewerbebetrieb 1,27 Mrd. DM ausmachten. Die Zahl der zur Einkommensteuer veranlagten Unternehmer hat sich seit 1954 um 5 500 verringert. Ihre Einkünfte stiegen dagegen um das Eineinhalbfache und je Unternehmer durch die gesunkene Anzahl sogar um 177%.

Das Produzierende Gewerbe ist der Zahl und noch mehr den Einkünften nach am stärksten vertreten. 1961 bezogen 20 000 Steuerpflichtige ihre Einkünfte überwiegend aus dem Produzierenden Gewerbe. Ihre Einkünfte beliefen sich auf 534 Mill. DM und damit auf 26 000 DM je Steuerpflichtigen. 1954 waren es nur 8 000 DM gewesen. Die gut 4 000 Großhändler erzielten Einkünfte in Höhe von 148 Mill. DM oder 35 000 DM je Steuerpflichtigen. Ihr Durchschnittsbeitrag lag damit ebenso wie 1954 weit an der Spitze aller Wirtschaftsbereiche. Reichlich 18 000 Einzelhändler wurden 1961 mit Einkünften in Höhe von 306 Mill. DM zur Einkommensteuer veranlagt. Sie mußten sich mit durchschnittlich 17 000 DM begnügen. Die Einkünfte der Unternehmer des Dienstleistungsgewerbes lagen 1961 fast ausnahmslos unter denen aller anderen Unternehmer, obwohl sie z. T. gegenüber 1954 nicht unbedeutende Zuwachsraten nachzuweisen hatten. Insgesamt bezogen 1961 8 400 Steuerpflichtige Einkünfte aus dem Dienstleistungsgewerbe. Ihre Einkünfte beliefen sich auf durchschnittlich 13 000 DM.

Die Schichtung der Unternehmereinkünfte zeigt eine Konzentration der Steuerpflichtigen auf die unteren und eine Ballung der Einkünfte auf die mittleren und oberen Größenklassen. 20% der Unternehmer erzielten Einkünfte zwischen 8 000 und 12 000 DM und fast ebensoviel solche zwischen 5 000 und 8 000 DM. Das bedeutet, daß über die Hälfte aller Unternehmer Einkünfte unter 12 000 DM hatten.

Produktionsstruktur Erwerbsgartenbau

Seite 158

Im Jahre 1961 gab es in Schleswig-Holstein 7 670 Betriebe, die auf rund 16 600 ha gärtnerischer Nutzfläche Gartengewächse zum Verkauf anbauten. Von diesen hatten 31 Betriebe keine gärtnerische Nutzfläche; hierbei handelt es sich um Betriebe, die ausschließlich über Champignon-Kulturen, noch nicht ertragfähige Spargelanlagen oder über Obst im Streuanbau verfügten. Von den 7 639 Betrieben mit gärtnerischer Nutzfläche bauten zwei Drittel Freilandgemüse an. Mit Abstand folgten der Obstbau in 29% und der Freilandzierpflanzenbau in 24% der Betriebe. Der Schwerpunkt des schleswig-holsteinischen Erwerbsgemüsebaus liegt eindeutig in den landwirtschaftlichen Betrieben, wobei Unterschiede zwischen den einzelnen Gemüsearten bestehen. Der Obstbau ist etwa zu gleichen Teilen in landwirtschaftlichen und in Gartenbaubetrieben zu finden.

1961 bauten 2 250 Betriebe 3 200 ha Obst an. Nach den Flächen kam dabei den Apfelanlagen die Hauptbedeutung zu. Von den 886 000 Obstbäumen waren 771 000 Apfelbäume, die zu 86% in reinen Apfelanlagen standen. Die verbreitetste Sorte war Cox Orange mit 23% aller Obstbäume. Die Gemüseanbaufläche betrug 1961 in Schleswig-Holstein 10 500 ha. Während Kohl, grüne Pflückerbsen, grüne Pflückbohnen, Dicke Bohnen, Rote Bete, Gurken, Spargel, Speise-

möhren und Grünkohl überwiegend in landwirtschaftlichen Betrieben zu finden waren, lagen die Schwerpunkte des Feingemüseanbaus in den Gartenbaubetrieben. Von den knapp 5 000 Betrieben mit Freilandgemüse bauten 605 gleichzeitig Gemüse unter Glas an. 1961 bauten 1 834 Betriebe Zierpflanzen an. Von der Zierpflanzenfläche im Freiland waren 55% für Zierpflanzen zum Schnitt und 45% für Zierpflanzen zur Aufzucht und Vermehrung genutzt. In den Unterglasanlagen der Gartenbaubetriebe wurden bedeutende Mengen von Blumen und Zierpflanzen herangezogen. 1961 gab es in Schleswig-Holstein ohne die Kampfanlagen in Forstbetrieben 1 097 Betriebe mit Baumschulkulturen; sie bewirtschafteten rund 3 200 ha Baumschulfläche. Von dieser Fläche entfielen 45% auf Forstbaumschulerzeugnisse und 55% auf Hochbaumschulerzeugnisse. Von den Betrieben waren 301 reine Forstbaumschulen, 422 Gemischtbaumschulen und 374 reine Hochbaumschulen.

Kapitalgesellschaften

Seite 164

Ende 1964 gab es in Schleswig-Holstein 1 395 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von 729 Mill. DM. Ihre Zahl hat sich seit Anfang 1962 um 271 erhöht. Recht kräftig war auch die Ausweitung ihres Kapitalvolumens, das um 165 Mill. DM zunahm. Besondere formale Vorschriften und ein strenger Veröffentlichungszwang bewirken, daß die Rechtsform der AG bei weitem nicht so häufig gewählt wird, wie die der Gesellschaft mbH, d. h. daß sich die Zahl der in Schleswig-Holstein registrierten Aktiengesellschaften seit Anfang 1962 bis zum Jahresende 1964 nur um 3 auf 71 erhöhte. Das Grundkapital der Aktiengesellschaften weitete sich im gleichen Zeitraum lediglich um 20 Mill. DM aus und stellte sich Ende 1964

auf 260 Mill. DM. Zwei Fünftel aller Aktiengesellschaften waren Ende 1964 dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet. Der Anteil des von ihnen nachgewiesenen Grundkapitals machte sogar zwei Drittel des gesamten Volumens aus. Eine Gliederung nach Kapitalgrößenklassen zeigt, daß 1964 über die Hälfte der schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften, deren Kapitalausstattung im Einzelfall weniger als 1 Mill. DM betrug, am Grundkapital aller Unternehmen dieser Rechtsform nur mit 7% beteiligt waren. Die Gesellschaften mbH, die Ende 1964 über neun Zehntel aller Kapitalgesellschaften ausmachten, sind seit Beginn des Jahres 1962 um 268 auf 1 324 angestiegen. Ihre Kapitalausstattung dehnte sich im gleichen Zeitraum um fast die Hälfte aus. Mit 469 Mill. DM war die Summe des Stammkapitals beinahe doppelt so hoch wie die des Grundkapitals der schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften. Für nahezu die Hälfte aller Gesellschaften mbH wurde ein Kapital angegeben, daß nicht höher als 20 000 DM war. Gliedert man die Gesellschaften mbH nach Wirtschaftsabteilungen, so stellt man fest, daß das Produzierende Gewerbe 1964 sowohl der Zahl (500) als auch dem Kapital nach (294 Mill. DM) am stärksten vertreten war.

Einzelhandel 1964

Seite 167

Der gesamte Einzelhandel setzte 1962 im Bundesgebiet ohne Berlin 100 Mrd. DM um, davon 4,2 Mrd. DM in Schleswig-Holstein. Seit 1962 sind die Umsätze weiter gestiegen. Sie lagen 1964 um 7% höher als 1963. Am besten schnitt dabei der Bereich Hausrat und Wohnbedarf ab. – Schaltet man jedoch die Preisänderungen aus, so ergab sich 1964 gegenüber 1963 nur eine Umsatzsteigerung von 5%. Stärker als im Durchschnitt des Einzelhandels wuchsen die Umsätze der Warenhäuser.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Der neue Preisindex für die Lebenshaltung

Die täglich beim Statistischen Landesamt eingehenden Anfragen zeigen, daß in allen Kreisen der Bevölkerung ein Bedarf nach einer Durchschnittsangabe über die Entwicklung der Verbraucherpreise besteht. Wenn z. B. bei Vertragsabschlüssen Mieten, Pachten oder Unterhaltszahlungen durch Klauseln gegen Wertminderungen abgesichert werden sollen, benötigen die Vertragspartner oder ihre Rechtsanwälte amtliche Unterlagen dazu. Meistens wird bei solchen Gelegenheiten nach dem "Index der Lebenshaltung" oder auch nach dem "Lebenshaltungskostenindex" gefragt. Gemeint ist der "Preisindex für die Lebenshaltung von Haushalten mit mittlerem Einkommen". Dieser Index wird monatlich vom Statistischen Bundesamt für das gesamte Bundesgebiet berechnet. Er bezieht sich jeweils auf die Mitte des Monats, da die Verbraucherpreise, aus denen er ermittelt wird, immer in der Zeit vom 13. bis 15. erhoben werden. Außer diesen monatlichen Indizes werden aus den zwölf Monatsangaben eines Jahres Jahresdurchschnitte errechnet. - Für Schleswig-Holstein berechnet man seit 1956 keinen eigenen Preisindex mehr, da jahrelange Erfahrungen gezeigt haben, daß die Entwicklung der Verbraucherpreise in unserem Land nur unerheblich von der im gesamten Bundesgebiet abweicht. Die im folgenden genannten Indexzahlen beziehen sich deshalb alle auf das gesamte Bundesgebiet.

Im vorigen Jahr hat der Preisindex für die Lebenshaltung von Haushalten mit mittlerem Einkommen¹ eine neue Berechnungsgrundlage erhalten. Zur Erläuterung dieser Indexumstellung soll im folgenden einiges zur Indexmethode gesagt werden:

Der Preisindex hat die Aufgabe, die Preisbewegung auf dem Verbrauchssektor isoliert von Veränderungen der Menge und Qualität der gekauften Güter darzustellen. Er gibt an, wie sich das durchschnittliche Niveau der Verbraucherpreise gegenüber der Ausgangsbasis ändert. Um dies Durchschnittsergebnis ermitteln zu können, bedient sich der Statistiker der sogenannten Warenkorbmethode. An Hand von Anschreibungen ausgewählter Familien (Indexhaushalte) wird ein Warenkorb zusammengestellt. Bei jeder Ware wird nach den Ausgabenbeträgen, die die Indexhaushalte dafür aufgewendet haben, festgelegt, welches Gewicht ihr bei der Indexberechnung zukommt. So haben z. B. die Grundnahrungsmittel Brot und Kartoffeln ein ungleich größeres Gewicht als Pfeffer und Salz. Indem man diesen Warenkorb in seiner Zusammensetzung für einige Jahre unverändert läßt und ihn monatlich mit den aktu-

ellen Preisen bewertet, kann man die Preisbewegung isoliert darstellen. Die Bewegung aller anderen Faktoren, die den privaten Verbrauch beeinflussen, wie das verfügbare Einkommen, die Familiengröße und die Verbrauchsgewohnheiten bleibt in dieser Zeit außer Betracht. Was dieser Index aussagt, verliert deshalb in dem Maße an Wirklichkeitsnähe, wie sich die Verbrauchsstruktur gegenüber den im Warenkorb festgelegten Verhältnissen ändert. So geht der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel mit steigendem Einkommen und steigendem Lebensstandard laufend zurück. Dafür nimmt der Ausgabenanteil für höheren Bedarf, wie Waschmaschinen, Fernsehgeräte, Heimtextilien, Schmuck und Autos ständig zu. Auch die Dienstleistungen werden bei höherem Einkommen mehr in Anspruch genommen. Zu denken ist hier an die Leistungen der chemischen Reinigungen und der Damen- und Herrenfriseure. Ebenso wird von den besser gestellten Haushalten mehr Geld für Urlaubsreisen aufgewandt. Die Preisstatistik berücksichtigt diesen Verbrauchswandel, indem sie von Zeit zu Zeit den Warenkorb erneuert.

Nach der Währungsreform ist der Warenkorb mehrmals auf die neuen Verbrauchsverhältnisse umgestellt worden. Den für die Jahre von 1950 bis 1956 geltenden Preisindizes für die Lebenshaltung liegen die Verbrauchsverhältnisse des Jahres 1950 zugrunde. Die Indexhaushalte, die ihre Einnahmen und Ausgaben täglich für die amtliche Statistik anschreiben und nach deren Aufzeichnungen der Warenkorb zusammengestellt wird, gaben damals rund 300 DM monatlich für ihre Lebenshaltung aus. Infolge des wirtschaftlichen Wachstums mit ständig steigenden Einkommen und reicher werdendem Warenangebot verschob sich die Struktur des privaten Verbrauchs, so daß eine Anpassung der Indexberechnung erforderlich wurde. Das Statistische Bundesamt wählte damals als neue Basis das Jahr 1958. Der Warenkorb wurde den Verbrauchsverhältnissen von 1958 angepaßt. Man strich die inzwischen bedeutungslos gewordenen Güter, nahm neue Waren, wie höherwertige Nahrungs- und Genußmittel, gewisse Kunststoffherzeugnisse, bestimmte Möbel und Elektrogeräte sowie bessere Bekleidung und Autos auf und gab den verbleibenden Gütern aktuellere Gewichte. Bei dieser Umstellung wurden rückwirkend bis Januar 1957 die bisher nach dem Warenkorb von 1950 ermittelten Indizes nach dem Warenkorb von 1958 neu berechnet und mit den vor Anfang 1957 geltenden Indizes verkettet. Der Warenkorb 1958 liegt den für die Jahre 1957 bis 1960 gültigen Preisindizes zugrunde. Er wurde nach den Verbrauchsausgaben der Indexhaushalte, die im

¹⁾ im folgenden kurz "Preisindex" genannt

Jahre 1958 rund 570 DM monatlich für ihre Lebenshaltung aufwendeten, zusammengestellt.

Mitte 1964 hat das Statistische Bundesamt den Warenkorb auf die Verbrauchsverhältnisse des Jahres 1962 umgestellt. Dabei wurden rückwirkend bis Anfang 1961 die bisher nach dem Warenkorb von 1958 ermittelten Indizes nach dem Warenkorb von 1962 neu berechnet und mit den vor Anfang 1961 gültigen Indizes verkettet. Die für die Zeit von Februar 1961 bis Juli 1964 neu berechneten Gesamtindizes sind alle niedriger als die ursprünglich an Hand des Warenkorbes von 1958 ermittelten Indizes. Diese Unterschiede hängen mit Änderungen in der Verbrauchsstruktur zusammen, die im neuen Warenkorb entsprechend berücksichtigt wurden. So wurden u. a. die Anteile für die Anschaffung von Autos und Fernsehgeräten, die bekanntlich nicht teurer oder sogar billiger geworden sind, beim neuen Warenkorb vergrößert. Bei der vorherigen Indexumstellung war es ähnlich gewesen, auch damals lagen die rückwirkend neu berechneten Werte etwas niedriger als die alten. Die Indexhaushalte, nach deren Aufzeichnungen der Warenkorb 1962 zusammengestellt worden ist, hatten zur Bestreitung ihrer Lebenshaltungsausgaben rund 750 DM im Monat zur Verfügung.

Den durchlaufenden Indexreihen, die in der Tabelle aufgeführt sind, liegen also drei Warenkörbe zugrunde:

Für die Zeit von 1950 bis 1956	der Warenkorb 1950
" " " " 1957 " 1960 " "	1958
" " " ab 1961 " "	1962

Damit die Änderung des Warenkorbes nach außen sichtbar wird, hat man jeweils bei der Umstellung auf einen neuen Warenkorb auch das Basisjahr geändert. Wir haben also für den Preisindex seit der Währungsreform die drei Basisjahre 1950, 1958 und 1962 und für die Vorkriegszeit das Basisjahr 1938. Der Wert des Warenkorbes wird im Basisjahr gleich 100 gesetzt, und von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr wird ermittelt, wie sich dieser Wert ändert. Ist der Preisindex größer als 100, so ist der Warenkorb gegenüber dem Basisjahr teurer geworden, ist der Index kleiner als 100, so ist er billiger geworden. Im Januar 1965 belief sich der Preisindex auf der Basis 1962 = 100 auf 107. Das bedeutet: Alle ausgewählten Waren und Dienstleistungen zusammen kosteten im Januar 1965 7% mehr als 1962.

Der neue Preisindex (1962 = 100, Warenkorb von 1962) wurde für die Gesamtlebenshaltung jeweils auf die früher gebräuchlichen Basisjahre 1938, 1950 und 1958 umbasiert, damit Interessenten, die früher Indexangaben vom Statistischen Landesamt erhalten haben, bei dem gewohnten oder vertraglich vorgeschriebenen Basisjahr bleiben können. Allen vier Indexreihen

liegt die gleiche Preisentwicklung zugrunde, sie unterscheiden sich nur durch das Basisjahr. Es ist daher gleichgültig, welche Reihe man nimmt, wenn man ausrechnen will, um wieviel Prozent die Verbraucherpreise in einer bestimmten Zeit gestiegen sind. Will man dagegen den Anstieg in Indexpunkten verwenden, dann muß man bei dem einmal gewählten Basisjahr bleiben. Auf der Basis 1962 belief sich zum Beispiel der Preisindex für Juni 1954 auf 85 und für Januar 1963 auf 102; der Anstieg beträgt 20% oder 17 Punkte. Nimmt man die Indizes für dieselben Monate auf der Basis 1938 (nämlich die Werte 168 und 202), so macht der Anstieg wieder 20%, aber 34 Punkte aus. In der Tabelle sind aus Platzgründen nur die jahresdurchschnittlichen Preisindizes aufgeführt worden. Die monatlichen Preisindizes können interessierte Leser vom Statistischen Landesamt bekommen.

Preisindex für die Lebenshaltung
von 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalten mit mittlerem Einkommen
des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes¹
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)²

Jahres- durchschnitt	Gesamte Lebenshaltung			
	1962 = 100	1958 = 100	1950 = 100	1938 = 100
1938	50,5	54,5	64,1	100
1948 2. Hj.	85,1	91,8	108,0	168,3
1949	84,0	90,7	106,7	166,3
1950	78,8	85,0	100	155,8
1951	84,9	91,6	107,8	168,0
1952	86,7	93,5	110,0	171,5
1953	85,1	91,9	108,1	168,4
1954	85,3	92,0	108,2	168,7
1955	86,7	93,5	110,0	171,5
1956	88,9	95,9	112,9	176,0
1957	90,7	97,9	115,2	179,5
1958	92,7	100	117,7	183,4
1959	93,6	101,0	118,8	185,2
1960	94,9	102,4	120,5	187,9
1961	97,1	104,7	123,2	192,3
1962	100	107,9	126,9	198,0
1963	103,0	111,1	130,7	204,0
1964	105,4	113,7	133,8	208,7

1) Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1962 (für die Zeit von 1957 bis 1960 mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958, für die Zeit davor mit Lebenshaltungsausgaben von rund 300 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1950)

2) vor 1960 ohne Saarland und Berlin, vor 1962 ohne Berlin

Außer dem Index für die gesamte Lebenshaltung werden auch Indexziffern für einzelne Bedarfsgruppen und Untergruppen von Waren und Dienstleistungen veröffentlicht. Vor der Indexumstellung im vorigen Jahre, bei der man auch die Gruppierung änderte, unterschied man folgende neun Bedarfsgruppen:

1. Ernährung
2. Getränke und Tabakwaren
3. Wohnung
4. Heizung und Beleuchtung
5. Hausrat
6. Bekleidung
7. Reinigung und Körperpflege
8. Bildung, Unterhaltung und Erholung
9. Verkehr

Die neue Systematik teilt die Waren und Dienstleistungen in Haupt- und Untergruppen des Verwendungszwecks ein. Sie ist nach dem systematischen Güterverzeichnis für den privaten Verbrauch ausgerichtet, nach dem das Statistische Bundesamt alle Statistiken, die sich mit dem privaten Verbrauch befassen, einheitlich gliedert. Die neuen Hauptgruppen lauten folgendermaßen:

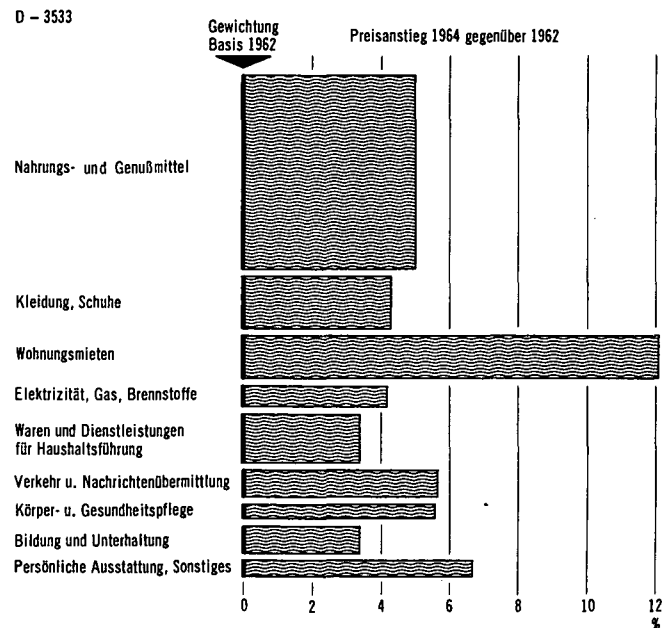
1. Nahrungs- und Genußmittel (einschl. Verzehr in Gaststätten)
2. Kleidung, Schuhe
3. Wohnungsmieten
4. Elektrizität, Gas, Brennstoffe
5. Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung
6. Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke, Nachrichtenübermittlung
7. Waren und Dienstleistungen für Körper- und Gesundheitspflege
8. Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke
9. Persönliche Ausstattung; sonstige Waren und Dienstleistungen

Welches Gewicht die einzelnen Hauptgruppen im neuen Warenkorb haben und wie stark sich ihre Indexziffern seit 1962 erhöht haben, veranschaulicht das nebenstehende Bild.

Die alte und neue Systematik unterscheiden sich dadurch, daß einzelne Waren und Dienstleistungen anderen Gruppen angehören. So zählt die Anschaffung eines Fernsehgerätes nach der neuen Systematik zur Hauptgruppe "Waren und Dienstleistungen für Bildungs- und Unterhaltungszwecke" und nach der alten Systematik zur Bedarfsgruppe "Hausrat". In der alten Systematik waren Frischobst und Frischgemüse mit Kartoffeln und Südfrüchten in einer Gruppe zusammengefaßt, weil die Preise dieser Waren ziemlich stark schwanken. Gemüse- und Obstkonserven bildeten eine Gruppe für sich, da sie einen ausgeglicheneren Preisverlauf haben. In der neuen Systematik, die nach dem Verwendungszweck der Waren aufgebaut ist, hat man dagegen eine Gruppe aus Frischgemüse, Frischobst und Südfrüchten einschließlich der Konserven gemacht. Diese Beispiele zeigen, daß die neue Systematik einheitlicher und moderner gegliedert ist.

Das Statistische Bundesamt hat die Indexziffern nach der neuen Systematik rückwirkend bis Anfang 1962 berechnet. Weiter zurückgehende

Der Preisanstieg in den Hauptgruppen der Lebenshaltung und deren Gewichte



Preisvergleiche nach der neuen Systematik sind nicht möglich. Vorläufig ermittelt das Statistische Bundesamt die Indexziffern auch noch nach der alten Systematik weiter, so daß zur Zeit die Indexziffern zurückgehend bis 1962 sowohl nach der neuen als auch nach der alten Systematik zur Verfügung stehen.

Grundsätzlich ist seit Anfang 1964 Berlin (West) in den Ergebnissen der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet enthalten. Deshalb hat man bei der Aufstellung des Warenkorbes 1962 auch die Anschreibungen von Berliner Haushalten berücksichtigt. Die Durchschnittszahlen mit diesen Haushalten und ohne sie weichen jedoch kaum voneinander ab. Bei der Berechnung der Indexzahlen auf der Basis 1962 sind die Verbraucherpreise von Berlin (West) ebenfalls einbezogen worden.

Der Preisindex gibt - wohlgemerkt - nur an, in welchem Ausmaß sich die Verbraucherpreise für einen festumrissenen Warenkorb gegenüber dem Basisjahr geändert haben. Er berücksichtigt dagegen nicht die Verschiebungen in den Gebrauchsgewohnheiten und im Lebensstandard. Daher nennt man ihn auch richtigerweise "Preisindex für die Lebenshaltung" anstelle des früher üblichen "Lebenshaltungskostenindex". Der Ausdruck "Lebenshaltungskostenindex" war aus zwei Gründen unglücklich: Erstens ist das Wort "Kosten" ein betriebswirtschaftlicher und kein hauswirtschaftlicher Begriff. Im privaten Haushalt spricht man nicht von Kosten, sondern von Ausgaben. Zweitens mißt der Preisindex gerade nicht die Entwicklung der Ausgaben, sondern nur die Entwicklung der Preise. Wenn man also in einem Vertrag eine Leibrente an die Entwicklung des Preisindex koppelt, muß

man sich darüber im klaren sein, daß man dadurch lediglich Preisänderungen ausgleicht. Erhöhungen des Lebensstandards werden dabei nicht berücksichtigt. Will man jedoch außer den Preisänderungen auch die Verbesserungen des Lebensstandards durch eine Klausel in den Vertrag aufnehmen, dann muß man die Leibrente an die Entwicklung der Lebenshaltungsausgaben koppeln. Die Meßziffern der Lebenshaltungsausgaben geben an, wie hoch die Ausgaben für die Lebenshaltung nach der jeweiligen Verbrauchsstruktur und nach den jeweiligen Preisen im Vergleich zu den Verhältnissen im Basisjahr sind. Diese Meßziffern werden nur jährlich berechnet, da eine monatliche Errechnung wegen der saisonalen Einflüsse nicht sinnvoll ist.

Von 1958 bis 1963 erhöhten sich die Lebenshaltungsausgaben um 42%. In der gleichen Zeit stieg der Preisindex dagegen nur um 11%. Die Indexhaushalte gaben folglich im Jahre 1963 reichlich vier Zehntel mehr für ihre Lebenshaltung aus als im Jahre 1958. Rund ein Viertel dieser Mehrausgaben war durch Preissteigerungen bewirkt und rund drei Viertel durch Verbesserungen des Lebensstandards.

Wenn man den Preisindex verwendet, sollte man auch wissen, daß dem Warenkorb die Verbrauchsmengen einer 4-köpfigen Arbeitnehmerfamilie zugrunde liegen. Es handelt sich um Arbeiter- oder Angestelltenfamilien, die in Städten mit mindestens 20 000 Einwohnern leben. Mindestens eins der beiden Kinder muß jünger als 15 Jahre sein. Das Ergebnis kann also nicht ohne weiteres auf andere Familientypen oder auf einzelne Personen übertragen werden, da diese andere Verbrauchsmengen und somit einen anders zusammengesetzten Warenkorb haben. In einem Einpersonenhaushalt sind die Ausgabenanteile für Miete, Heizung, Beleuchtung und Hausrat im Verhältnis viel höher als in einer größeren Familie, bei der diese

Ausgaben hinter den Aufwendungen für Ernährung und Bekleidung zurücktreten. Wenn eine Familie Zuwachs bekommt und sie in der gleichen Wohnung bleibt, so werden für Miete, Heizung und Beleuchtung kaum Mehrausgaben nötig sein. Für Ernährung und Bekleidung fallen dagegen meistens Mehrausgaben an.

Die Indexberechnung berücksichtigt nur den durchschnittlichen Lebensstandard. Wie oben bereits erwähnt wurde, liegen ihr jetzt Lebenshaltungsausgaben in Höhe von 750 DM monatlich zugrunde. Die Haushaltsvorstände der Indexfamilien sind Alleinverdiener und hatten 1962 ein durchschnittliches Brutto-Einkommen von 900 DM. Um festzustellen, wieweit Preisänderungen von Gütern des täglichen Bedarfs Haushalte mit anderer Zusammensetzung und mit anderem Einkommen unterschiedlich treffen, berechnet man außerdem einen Preisindex für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern und einen Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes in einem kleineren privaten Haushalt. Weiter ist geplant, auch für Haushalte mit höheren Einkommen (1 600 bis 2 000 DM) einen Preisindex zu ermitteln, sobald die dafür erforderlichen Unterlagen zur Verfügung stehen.

Zusammenfassend soll noch einmal betont werden: Der Preisindex hat genau genommen nur Gültigkeit für Familien mit den oben beschriebenen Merkmalen. In allen übrigen Fällen kann er nur als Richtzahl dienen und unterliegt in seinem Aussagegehalt für den Einzelfall gewissen Einschränkungen. Er mißt nur die Preisänderungen für die im Warenkorb zusammengefaßten Waren und Dienstleistungen, er sagt mithin nichts aus über Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten, der Einkommenshöhe und des Lebensstandards.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Der neue Preisindex für die Lebenshaltung" in Wirtschaft und Statistik 1964, S. 435 (August)

Die Einkünfte der Unternehmer

Die veranlagten Einkommen in Schleswig-Holstein 1961, Teil 3

Eine der sieben Einkunftsarten, die das Einkommensteuergesetz unterscheidet, sind die Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Fast jeder Zweite der in Schleswig-Holstein zur Einkommensteuer veranlagten Steuerpflichtigen bezog Einkünfte aus dieser Quelle und dies war mehr als die Hälfte aller veranlagten Einkünfte. Für gut 61 000 oder über vier Zehntel der Steuerpflichtigen waren die Einkünfte aus Gewerbebetrieb die Haupteinkunftsart. Diese

sogenannten Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb erzielten 1,34 Mrd. DM Einkünfte, also 22 000 DM je Steuerpflichtigen. Ihre Nebeneinkünfte waren sehr gering, so daß ihre Einkünfte allein aus Gewerbebetrieb 1,27 Mrd. DM oder 21 000 DM je Steuerpflichtigen ausmachten. Im folgenden wird untersucht, aus welchen Wirtschaftsbereichen diese Einkünfte stammen. Die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften

Einkünfte der Unternehmer 1961

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige		Einkünfte aus Gewerbebetrieb			Veränderung in %
	Anzahl	%	1954	1961		
			Mill. DM		%	
Gärtnerei, Tierzucht, Fischerei	1 448	2	8	17	1	+ 117
Produzierendes Gewerbe	20 370	33	195	534	42	+ 173
Großhandel	4 216	7	61	148	12	+ 143
Einzelhandel	18 216	30	136	306	24	+ 124
Sonstige Wirtschaftsbereiche	17 037	28	100	266	21	+ 167
Alle Wirtschaftsbereiche	61 287	100	500	1 271	100	+ 154

aus Gewerbebetrieb werden dabei Unternehmer genannt. Als Vergleichsjahr mußte 1954 herangezogen werden, da nur für dieses entsprechend tief gegliedertes Material vorliegt.

Die Zahl der zur Einkommensteuer veranlagten Unternehmer hat sich seit 1954 um 5 500 verringert. Ihre Einkünfte stiegen dagegen um das Eineinhalbfache und je Unternehmer durch die gesunkene Anzahl sogar um 177%. Überdurchschnittlich verlief die Entwicklung der Einkünfte aus dem Produzierenden Gewerbe und den in den Sonstigen Wirtschaftsbereichen zusammengefaßten Abteilungen Geld- und Versicherungswesen, Dienstleistungen, Verkehr und öffentlicher Dienst. Sowohl die Unternehmereinkünfte im Produzierenden Gewerbe als auch die in den Sonstigen Wirtschaftsbereichen stiegen um mehr als das Eineinhalbfache. Die Gärtner und Fischer mußten sich dagegen - ebenso wie die Einzelhändler - mit einer, wenn auch reichlichen, Verdoppelung begnügen. Die Einkünfte der Großhändler entwickelten sich beinahe durchschnittlich.

Das Produzierende Gewerbe und darunter das Handwerk ist der Zahl und noch mehr den Einkünften nach am stärksten vertreten. Ein Drittel der Unternehmer bezogen ihre Einkünfte aus dem Produzierenden Gewerbe, die über vier Zehntel aller Einkünfte aus Gewerbebetrieb ausmachen. Der Einzelhandel und die Sonstigen Wirtschaftsbereiche stellen zwar jeweils drei Zehntel der Unternehmer, aber nur ein Viertel und ein Fünftel der Einkünfte. Die Großhändler sind mit 7% vertreten und erzielten 12% der Einkünfte. Die Zahl der veranlagten Gärtner und Fischer ist ebenso wie ihre Einkünfte gering.

Die Einkünfte der Produzenten

In Schleswig-Holstein gibt es 20 000 Steuerpflichtige, die überwiegend Einkünfte aus dem Produzierenden Gewerbe bezogen. Ihre Einkünfte beliefen sich auf 534 Mill. DM und damit auf 26 000 DM je Steuerpflichtigen. Im Jahre 1954 waren es nur 8 000 DM gewesen. Das be-

deutet, daß sich die Durchschnittseinkünfte der Produzenten mehr als verdreifacht haben. Am kräftigsten erhöhten sich die Einkünfte - sofern man nur die Wirtschaftsabteilungen betrachtet - aus der Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung. Die Unternehmer der Eisen- und Metallbranche konnten ihre Einkünfte gegenüber 1954 auf das Dreieinhalbfache steigern, nämlich von 9 000 DM auf 31 000 DM. Die Einkünfte der Bauunternehmer sind fast ebenso stark von 8 000 DM auf 26 000 DM gestiegen. In den übrigen Wirtschaftsabteilungen haben die Unternehmer ihre Einkünfte verdreifacht.

In den einzelnen Gruppen und Zweigen ergeben sich, wie nicht anders zu erwarten, unterschiedliche Entwicklungen. Unter den gewichtigeren Branchen weisen die Unternehmer des Druckereigewerbes den höchsten Einkünftezuwachs nach. Ihre Einkünfte waren sechsmal so groß wie 1954 und nehmen mit durchschnittlich 77 000 DM je Unternehmer die Spitze ein. Mehr als vervierfacht haben sich die Einkünfte in der Schuhherstellung und -reparatur. Sie liegen jedoch mit 13 000 DM ziemlich am Ende der Einkunftsskala. Anders ist es bei den Stahl- und Maschinenbauunternehmen, deren Einkünfte sich ebenfalls vervierfachen aber mit 66 000 DM und 61 000 DM zur Spitzengruppe gehören. Auch die Unternehmer der Elektrotechnik weisen nach einer Vervierfachung mit 59 000 DM hohe Einkünfte nach. Im Bekleidungs- und darunter speziell in der Oberbekleidungsherstellung liegen die durchschnittlichen Einkünfte nur bei 11 000 DM und 10 000 DM. Auch 1954 bildete dieser Wirtschaftszweig das Schlußlicht unter den zahlreicher besetzten Wirtschaftszweigen. Genauso niedrig sind die Einkünfte der Schmiede. Die Einkünfte der Ledererzeuger und -verarbeiter sind mit 13 000 DM nicht viel höher. Die Einkünfte dieser Bereiche erhöhten sich aber immerhin noch recht kräftig, während die der Unternehmer des Textil- und des Bauhilfsgewerbes sich jeweils nicht einmal verdoppelten. Die Einkünfte der Schiffbauer liegen - nachdem sie 1954 noch zur Spitzengruppe gehörten - mit 47 000 DM im oberen Mittelfeld.

Die Unternehmereinkünfte aus dem Produzierenden Gewerbe 1961

Wirtschaftliche Gliederung	Steuer- pflichtige	Einkünfte aus Gewerbebetrieb			
		ins- gesamt	je Steuerpflichtigen		Veränderung in %
			1954	1961	
	Anzahl	Mill. DM	DM		
Bergbau, Steine und Erden, Energiewirtschaft	390	20,0	16 415	51 346	+ 213
Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	4 030	124,8	8 862	30 980	+ 250
darunter					
Stahlbau	127	8,4	16 326	66 236	+ 306
Maschinenbau	485	29,8	14 440	61 373	+ 325
Schiffbau	66	3,1	18 206	47 424	+ 160
Straßen- und Luftfahrzeugbau	906	14,7	5 393	16 175	+ 200
Reparaturwerkstätten für Kraftfahrzeuge und Fahrräder	483	7,3	5 163	15 197	+ 194
Elektrotechnik	352	20,9	14 160	59 313	+ 319
Feinmechanik und Optik	478	14,4	10 064	30 052	+ 199
Schmiederei	992	11,2	4 203	11 334	+ 170
Schlosserei und Schweißerei	366	8,9	6 712	24 325	+ 262
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung)	9 525	224,8	7 428	23 597	+ 218
darunter					
Chemisches und pharmazeutisches Gewerbe	126	8,5	20 921	67 302	+ 222
Sägerei und Holzbearbeitung	116	4,2	17 496	36 224	+ 107
Holzverarbeitung	1 792	31,6	5 407	17 652	+ 226
Herstellung von Bauelementen	1 225	22,3	5 210	18 171	+ 249
Druckereigewerbe	349	26,9	12 868	77 011	+ 498
Ledererzeugung und -verarbeitung	1 070	13,8	3 357	12 928	+ 285
Schuhherstellung und Reparatur	702	9,4	3 001	13 417	+ 347
Textilgewerbe	272	8,1	15 236	29 945	+ 97
Bekleidungsgewerbe	1 086	12,3	3 609	11 301	+ 213
Herstellung von Oberbekleidung	859	8,6	3 338	9 972	+ 199
Mühlen-, Nahrungsmittel- und Süßwarengewerbe	2 310	50,1	8 940	21 703	+ 143
Bäckerei und Brotherstellung	1 953	32,3	7 968	16 542	+ 108
Fleischerei und Fleischwarenherstellung	1 589	38,3	9 429	24 106	+ 156
Getränkeherstellung	226	13,9	18 688	61 292	+ 228
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	6 425	164,6	7 580	25 622	+ 238
davon					
Hoch-, Tief- und Ingenieurbau	1 910	84,4	11 485	44 202	+ 285
Zimmerei und Dachdeckerei	825	17,1	5 936	20 709	+ 249
Bauinstallation	1 132	25,2	6 994	22 265	+ 218
Ausbaugewerbe	2 310	33,5	5 169	14 485	+ 180
Malerei	1 694	23,5	4 777	13 848	+ 190
Bauhilfsgewerbe	248	4,4	10 329	17 923	+ 74
Produzierendes Gewerbe	20 370	534,3	7 904	26 227	+ 232

Die Einkünfte der Großhändler

Die gut 4 000 Großhändler erzielten Einkünfte in Höhe von 148 Mill. DM oder 35 000 DM je Steuerpflichtigen. Im Jahre 1954 sind es 14 000 DM gewesen; die durchschnittlichen Einkünfte sind also auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Die Einkünfte der Großhändler haben sich damit nicht so kräftig erhöht wie die der Produzenten. Ihr Durchschnittsbetrag liegt aber ebenso wie 1954 weit an der Spitze aller Wirtschaftsbereiche. Der Ein- und Ausfuhrgroßhandel hat naturgemäß in Schleswig-Holstein eine größere Bedeutung, obwohl die Zahl dieser Großhändler relativ sehr gering ist. Kaum mehr als 3% der einkommensteuerpflichtigen Großhändler beziehen ihre Einkünfte aus dem Ein- und Ausfuhrhandel. Die Durchschnittseinkünfte

dieser wenigen sind allerdings bedeutend: Sie erreichten 84 000 DM. Auch 1954 lagen die Ein- und Ausfuhrgroßhändler mit 36 000 DM einsam an der Spitze. Ihre Einkünfte stiegen jedoch nicht ganz so kräftig wie die der anderen Großhändler.

Die Binnengroßhändler, die also die Masse der Großhändler stellen, konnten ihre Einkünfte auf das Zweieinhalbfache von 13 000 DM auf 33 000 DM erhöhen. Unter ihnen waren die Viehgroßhändler am erfolgreichsten. Ihre Durchschnittseinkünfte verdreifachten sich und erreichten 19 000 DM, womit sie aber immer noch an letzter Stelle der Großhändler stehen. Günstig verlief auch die Entwicklung für die Großhändler mit Rohstoffen der Bau- und Holzwirtschaft, die dank der Konjunktur in der Bau-

Die Unternehmereinkünfte aus dem Großhandel 1961

Wirtschaftliche Gliederung	Steuer- pflichtige	Einkünfte aus Gewerbebetrieb			
		Insgesamt	je Steuerpflichtigen		Veränderung • in %
			1954	1961	
	Anzahl	Mill. DM	DM		
Ein- und Ausfuhrhandel	139	12	35 581	83 683	+ 135
Binnengroßhandel (ohne Verlagswesen)	4 077	136	13 115	33 473	+ 155
darunter mit					
Vieh und Geflügel	586	11	6 377	18 986	+ 198
Getreide, Mehl und Düngemitteln	388	15	15 258	37 397	+ 145
Nahrungs- und Genußmitteln	1 115	31	11 426	27 370	+ 139
Rohstoffen der Bau- und Holzwirtschaft	401	20	17 313	49 486	+ 186
Fertigwaren der metallverarbeitenden Industrie	355	17	17 445	47 758	+ 174
Großhandel	4 216	148	13 706	35 129	+ 156

wirtschaft ihre Einkünfte fast verdreifachten. Dadurch erreichten sie mit 49 000 DM die erste Stelle unter den Binnengroßhändlern, die 1954 noch die Großhändler mit Fertigwaren der metallverarbeitenden Industrie eingenommen hatten. Diese liegen jetzt mit 48 000 DM an zweiter Stelle. Am ungünstigsten schnitten die Nahrungs- und Genußmittelgroßhändler ab, obwohl auch ihre Einkünfte um beinahe das Eineinhalbfache wuchsen.

Die Einkünfte der Einzelhändler

Gut 18 000 Einzelhändler wurden 1961 in Schleswig-Holstein mit Einkünften in Höhe von 306 Mill. DM zur Einkommensteuer veranlagt. Ihre Durchschnittseinkünfte, die sich auf 17 000 DM belaufen, haben sich seit 1954 auf nicht ganz das Zweieinhalbfache erhöht. Die Einkünfte der Einzelhändler sind also nicht so hoch und auch nicht so kräftig gestiegen wie die der Produzenten und der Großhändler. Die Sortimentseinzelhändler, deren Warenbestand nicht nach einer bestimmten Seite ausgerichtet ist, verdoppelten ihre Einkünfte

auf 13 000 DM. Auch die Einzelhändler mit Nahrungs- und Genußmitteln verdoppelten ihre Einkünfte, befinden sich jedoch mit 11 000 DM am Ende der Einkunftsskala der ausgewählten Einzelhändler, während die Sortimentseinzelhändler vor ihnen stehen. Der große Absatz von Maschinen und Kraftfahrzeugen spiegelt sich in den Einkünften der Einzelhändler dieser Branche wieder. Die Einzelhändler mit Maschinen und Kraftfahrzeugen konnten ihre Einkünfte verdreifachen und haben zudem mit 32 000 DM die höchsten Durchschnittseinkünfte aller Einzelhändler. Recht günstig entwickelten sich auch die Einkünfte der Einzelhändler mit Bekleidung, Schuhen und Sportartikeln, die auf mehr als das Zweieinhalbfache stiegen und mit 25 000 DM die zweitgrößten Einkünfte nachwiesen.

Die Einkünfte der Einzelhändler mit Eisenwaren, Küchengeräten und Wohnbedarf erhöhten sich ebenfalls auf über das Zweieinhalbfache und erreichten fast 25 000 DM. Insgesamt verlief also die Entwicklung der Einzelhandels-einkünfte - bis auf die Kraftfahrzeughändler - recht gleichmäßig.

Die Unternehmereinkünfte aus dem Einzelhandel 1961

Wirtschaftliche Gliederung	Steuer- pflichtige	Einkünfte aus Gewerbebetrieb			
		Insgesamt	je Steuerpflichtigen		
			1954	1961	Veränderung in %
	Anzahl	Mill. DM	DM		
Einzelhandel mit Waren aller Art	2 046	26	6 295	12 601	+ 100
Nahrungs- und Genußmitteln	7 842	87	5 307	11 072	+ 109
Bekleidung, Schuhen und Sportartikeln	2 132	54	9 470	25 457	+ 169
Eisenwaren, Küchengeräten und Wohnbedarf	1 398	35	9 683	24 808	+ 156
Druckereierzeugnissen, Bürobedarf und Lederwaren	768	12	6 210	15 090	+ 143
kosmetischen, chemischen u. optischen Erzeugnissen	1 318	32	11 270	24 398	+ 116
Maschinen und Kraftfahrzeuge	1 152	37	10 882	32 225	+ 196
Einzelhandel	18 216	306	7 007	16 798	+ 140

Die Unternehmereinkünfte im Dienstleistungsgewerbe

Die Einkünfte der Unternehmer des Dienstleistungsgewerbes liegen fast ausnahmslos unter denen aller anderen Unternehmer, obwohl sie zum Teil nicht unbedeutende Zuwachsraten nachweisen. Insgesamt bezogen 8 400 Steuerpflichtige Einkünfte aus dem Dienstleistungsgewerbe. Ihre Einkünfte beliefen sich auf 13 000 DM und stiegen seit 1954 um reichlich das Eineinhalbfache.

Die Gastwirte konnten ihre Einkünfte auf das Zweieinhalbfache von 1954 steigern, ihre Durchschnittseinkünfte beliefen sich auf 12 000 DM. Den gleichen Zuwachs verzeichneten die Friseure. Ihre Einkünfte machen jedoch auf den Steuerpflichtigen umgerechnet nur 11 000 DM aus. Auch die Fotografen kommen trotz einer Steigerung um das Zweieinhalbfache nur auf 13 000 DM je Steuerpflichtigen. Etwas günstiger sind die Durchschnittseinkünfte der Wäschereibesitzer (15 000 DM) und der Kinobesitzer (16 000 DM), wobei letztere ihre Einkünfte nur um sechs Zehntel erhöhen konnten.

Die Schichtung der Unternehmereinkünfte

Die Schichtung der Unternehmereinkünfte zeigt eine Konzentration der Steuerpflichtigen auf die unteren und eine Ballung der Einkünfte auf die mittleren und oberen Größenklassen. Die meisten Unternehmer erzielten Einkünfte zwischen 8 000 und 12 000 DM und fast ebenso viele solche zwischen 5 000 und 8 000 DM. Daher weisen über die Hälfte aller Unternehmer Einkünfte unter 12 000 DM nach. In der mittleren Gruppe (12 000 bis 50 000 DM) befindet sich fast die andere Hälfte der Unternehmer, da nur wenige von ihnen Einkünfte über 50 000 DM erzielten. Diese wenigen stellen aber vier Zehntel der Unternehmereinkünfte überhaupt, während es in der unteren Gruppe (bis 12 000

DM) nicht einmal ein Fünftel und in der mittleren gut vier Zehntel gewesen sind.

Die Industriellen weichen am meisten von der allgemeinen Schichtung ab. Weniger als ein Viertel von ihnen hatte Einkünfte unter 12 000 DM, aber über ein Drittel solche über 50 000 DM. Fast ein Fünftel der Industriellen weisen Einkünfte über 100 000 DM nach und damit beinahe drei Viertel der gesamten Einkünfte aus der Industrie. Deshalb flossen der oberen Gruppe (über 50 000 DM) nahezu neun Zehntel der industriellen Einkünfte zu. In der mittleren Gruppe befinden sich gut vier Zehntel der Industriellen mit einem Zehntel der Einkünfte.

Die Handwerker ballen sich erwartungsgemäß in der unteren und der mittleren Gruppe. Jeder zweite Handwerker bezog Einkünfte unter 12 000 DM und fast jeder zweite solche zwischen 12 000 und 50 000 DM. In der oberen Gruppe sind nur 5% der Handwerker anzutreffen, die aber mehr als ein Viertel der Handwerkeinkünfte stellen. Das Hauptgewicht der Einkünfte liegt in der mittleren Gruppe mit mehr als der Hälfte. In der unteren Gruppe wurden aber noch ein Fünftel der Einkünfte nachgewiesen.

Im Großhandel sind ebenso wie in der Industrie die großen Einkünfte vorherrschend. Ein Fünftel der Großhändler, die sich in der oberen Gruppe befinden, erzielten über sechs Zehntel der Großhandelseinkünfte. Das hat zur Folge, daß in der unteren Gruppe, die fast vier Zehntel der Großhändler umfaßt, nur knapp ein Zehntel der Einkünfte ausgewiesen werden. Die Großhändler der mittleren Gruppe, die die Hälfte der Großhändler stellen, vereinigen ein Drittel der Einkünfte auf sich.

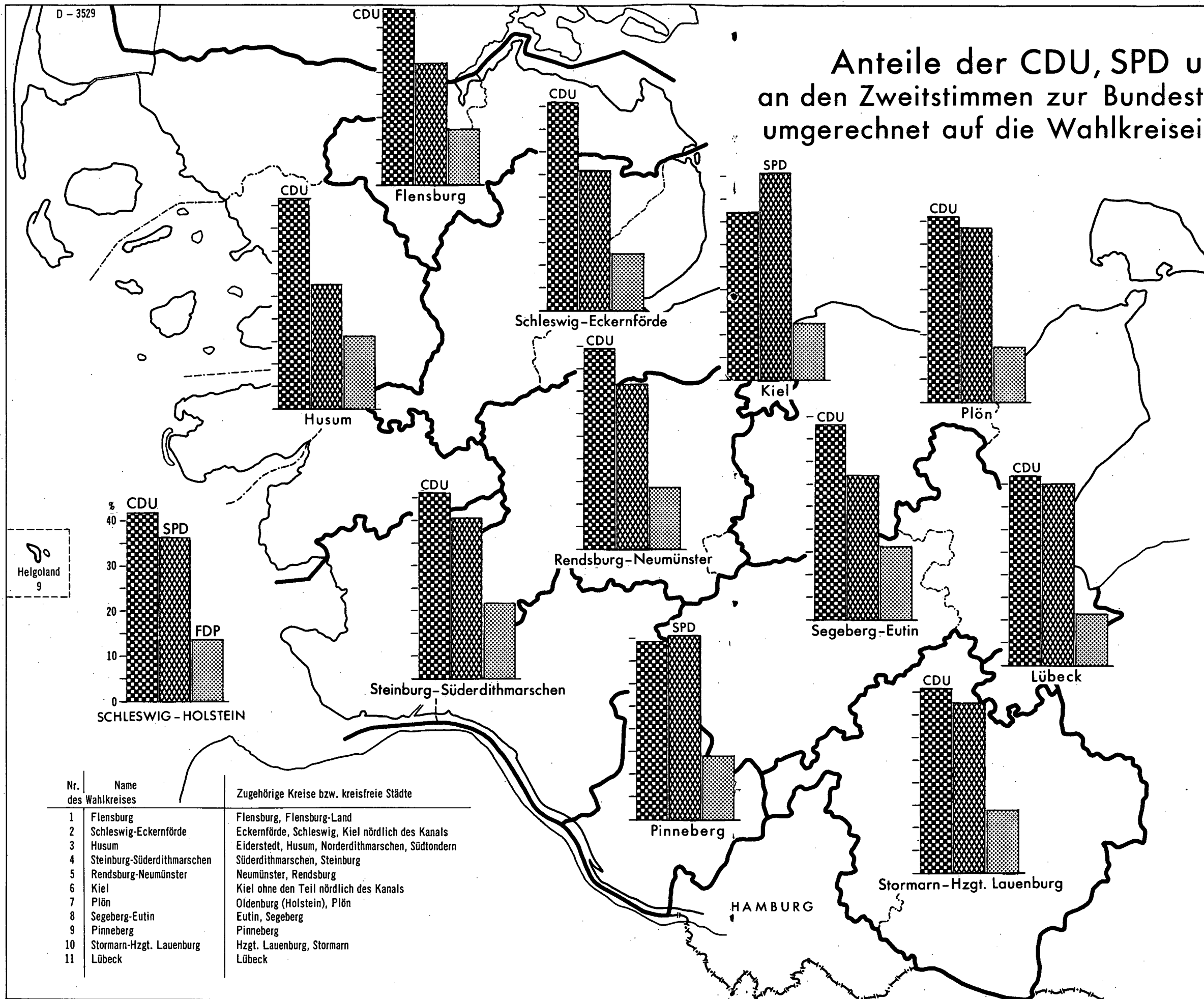
Die Einzelhändler müssen sich noch mehr als die Handwerker mit kleineren Einkünften begnügen. Über die Hälfte der Einzelhändler gehören der unteren und reichlich vier Zehntel

Die Schichtung der Unternehmereinkünfte 1961 in %

Größenklasse nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte in DM	Alle Wirtschafts- bereiche		Produzierendes Gewerbe		Industrie		Handwerk		Großhandel		Einzelhandel	
	Pers. ¹	Eink. ²	Pers. ¹	Eink. ²	Pers. ¹	Eink. ²	Pers. ¹	Eink. ²	Pers. ¹	Eink. ²	Pers. ¹	Eink. ²
unter 5 000	12	2	10	1	5	0	10	2	8	1	12	3
5 000 – 8 000	20	6	18	4	8	1	18	6	13	2	19	7
8 000 – 12 000	20	9	19	7	10	1	20	11	15	4	22	12
12 000 – 16 000	14	9	13	7	10	1	14	10	11	4	16	12
16 000 – 25 000	16	15	17	13	15	3	18	20	17	9	17	19
25 000 – 50 000	12	19	14	18	19	7	14	25	20	19	10	19
50 000 – 75 000	3	8	4	8	9	6	3	9	7	11	2	8
75 000 – 100 000	1	5	2	6	7	7	1	5	4	9	1	4
100 000 – 250 000	2	13	3	15	13	21	1	9	5	21	1	10
250 000 und mehr	0	14	1	21	6	52	0	4	1	20	0	6
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Steuerpflichtige 2) Einkünfte aus Gewerbebetrieb

Anteile der CDU, SPD und FDP an den Zweitstimmen zur Bundestagswahl 1961 umgerechnet auf die Wahlkreiseinteilung 1965



Bei den ersten vier Bundestagswahlen ist in Schleswig-Holstein in insgesamt 14 Bundestagswahlkreisen gewählt worden. Wegen der Bevölkerungsveränderungen im Bundesgebiet ist Schleswig-Holstein zur 5. Bundestagswahl am 19. September 1965 in nur noch 11 Wahlkreise eingeteilt worden. Wahlberechtigt werden rund 1,68 Millionen Bürger sein; ein Wahlkreis umfaßt durchschnittlich 153 000 Wahlberechtigte. Die Wahlkreisgrenzen decken sich mit den politischen Kreisgrenzen mit Ausnahme von Kiel, das die nördlichen Stadtteile Schilksee, Friedrichsort, Pries und Holtenau an den benachbarten Wahlkreis 2 abgegeben hat. Die Wahlkreise 9, Pinneberg, und 11, Lübeck, sind mit den entsprechenden Verwaltungsgebieten identisch. Sechs weitere Bundestagswahlkreise umfassen je zwei politische Kreise, ein Wahlkreis (3) besteht aus vier politischen Kreisen. Der Vorteil, daß die Bundestagswahlkreise sich fast völlig den Verwaltungsgrenzen anpassen, mußte mit stärkeren Abweichungen von der durchschnittlichen Zahl der Wahlberechtigten in Kauf genommen werden. Der kleinste Wahlkreis in Schleswig-Holstein - 1, Flensburg - zählt rund 114 000 Wahlberechtigte, liegt also um etwa 25% unter dem Landesdurchschnitt; der größte Wahlkreis - 10, Stormarn-Lauenburg - hat etwa 205 000 Wahlberechtigte und weicht damit um 35% nach oben ab.

Falls in Schleswig-Holstein die Wahlbeteiligung und der Erfolg der kleinen Parteien (mit weniger als 5% der Stimmen) dem Bundesdurchschnitt entsprechen, werden zu den 11 unmittelbar zu wählenden Kandidaten wahrscheinlich 10 Listenbewerber treten, so daß die Gesamtzahl der Abgeordneten 21 beträgt. Die höchste Zahl von Bundestagsabgeordneten hatte Schleswig-Holstein 1953 mit 26 gestellt, darunter 2 Überhangmandate; 1961 waren es 24, darunter 4 Überhangmandate. Diese Überhangmandate ergaben sich dadurch, daß für den Listenausgleich bei 14 Wahlkreisen nur 6 Plätze frei waren gegenüber 10 Plätzen bei 11 Wahlkreisen 1965. Die Möglichkeit, daß es 1965 zu Überhangmandaten in Schleswig-Holstein kommt, ist gering.

der mittleren Gruppe an. Auf die kleinen Einzelhändler entfallen ein Fünftel und auf die mittleren die Hälfte der Einkünfte. Die großen Einzelhändler, die nicht einmal 5% der Gesamtzahl ausmachen, erwirtschafteten beinahe drei Zehntel der Einkünfte.

Die Nebeneinkünfte der Unternehmer

Neben ihren Einkünften aus Gewerbebetrieb bezogen die Unternehmer auch noch Einkünfte aus anderen Quellen. Ihre Einkünfte erhöhten sich dadurch um durchschnittlich 1 100 DM oder 5%. In der Hauptsache handelt es sich um Einkünfte aus Nichtselbständiger Arbeit und aus Vermietung und Verpachtung, die ein Drittel und drei Zehntel des Zuwachses stellen. Jeder vierte Unternehmer hatte zusätzlich Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, jeder achte solche aus Kapitalvermögen und jeder elfte solche aus Nichtselbständiger Arbeit. Die Höhe der Nebeneinkünfte ist von der der Einkünfte aus Gewerbebetrieb unabhängig. Es haben also nicht etwa Steuerpflichtige mit niedrigen Unternehmereinkünften hohe Nebeneinkünfte.

Auf den Steuerpflichtigen umgerechnet, hatten die Industriellen die höchsten Nebeneinkünfte. Sie beliefen sich auf 3 500 DM und flossen ihnen vor allem aus ihren Aktien, Anteilbesitz und anderem Kapitalvermögen zu. Die geringsten Nebeneinkünfte wiesen die Handwerker mit 600 DM nach, die sie überwiegend aus Vermietung und Verpachtung bezogen. Recht hoch waren dagegen die Nebeneinkünfte mit 2 000 DM für die Großhändler, während sie für die Einzelhändler nur 900 DM ausmachten.

Das Einkommen der Unternehmer

Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb ergeben zusammen mit den o. g. Nebeneinkünften die Summe der Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz räumt den Steuerpflichtigen ein, von dieser Summe die Verluste, die Sonderausgaben und verschiedene Freibeträge abzusetzen. Das Ergebnis ist das Einkommen im steuerrechtlichen Sinn, von welchem die Steuer berechnet wird.

Die Abzüge können zu einem negativen Einkommen führen. Hier werden jedoch nur die Fälle behandelt, deren Veranlagung ein Einkommen ergeben hat; eventuelle Verluste sind also durch andere Einkünfte ausgeglichen worden. Diese sogenannten ausgeglichenen Verluste machten nur 2% der Summe der Einkünfte und 400 DM je Steuerpflichtigen aus. Sie sind also unbedeutend. Sie sind zudem vor allem auf steuerrechtliche Ursachen zurückzuführen, da es sich überwiegend um erhöhte Abschreibungen auf Wohngebäude handelt. Für ihre Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Haftpflicht- und Lebensversicherung sowie andere Sonderausgaben konnten die Unternehmer im Schnitt 2 500 DM absetzen. Die Einkünfte verminderten sich daher insgesamt um 2 900 DM oder 13% auf ein Durchschnittseinkommen von 19 000 DM. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche weichen kaum von diesem Prozentsatz ab. Die relativ höchsten Beträge konnten die Gärtner und Fischer mit 15% absetzen, die geringsten die Industriellen mit 11%.

Im Durchschnitt mußten die Unternehmer 21% ihrer Einkünfte als Steuer abführen. Das entspricht einem Betrag von 4 600 DM je Steuerpflichtigen. In den einzelnen Wirtschaftsbe-
reichen ergibt sich folgendes Bild:

	Einkommensteuer	
	je Steuerpflichtigen in DM	In % der Summe der Einkünfte
Gärtner, Tierzüchter und Fischer	1 700	14
Produzenten	6 605	24
Industrielle	34 027	36
Handwerker	3 206	17
Sonstige Produzenten	62 771	23
Großhändler	9 731	26
Einzelhändler	3 107	17
Sonstige Unternehmer	2 834	17
Alle Unternehmer	4 616	21

Da nach dem deutschen Einkommensteuerrecht der Steuertarif mit wachsendem Einkommen progressiv steigt, mußten die Industriellen auf Grund ihrer hohen Einkünfte 36% von diesen als Steuer entrichten. Für die Gärtner und Fischer wurde der niedrigste Steuersatz (14%) errechnet.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Die Produktionsstruktur im Erwerbsgartenbau

Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1961

Die folgende Darstellung ist eine Zusammenfassung verschiedener vorangegangener Veröffentlichungen der Ergebnisse der Gartenbauerhebung 1961. Eingehenderes Zahlenmaterial ist dem Statistischen Bericht C0/Gartenbauerhebung 1961 - 7: "Die Betriebsverhältnisse im Obst-, Gemüse- und Gartenbau Schles-

wig-Holsteins" des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein zu entnehmen.

Im Jahre 1961 gab es in Schleswig-Holstein 7 670 Betriebe, die auf 16 561 ha gärtnerischer

Nutzfläche (GN). Gartengewächse zum Verkauf anbauen. Von diesen hatten 31 Betriebe keine gärtnerische Nutzfläche; hierbei handelt es sich um Betriebe, die ausschließlich Champignonkulturen, noch nicht ertragfähige Spargelanlagen oder Obst im Streuanbau verfügten. Diese bleiben für die folgenden Betrachtungen unberücksichtigt.

Zur näheren Kennzeichnung der Produktionsstätten wurden die Betriebe nach Hauptbetriebsarten gegliedert, die das Gewicht des Gartenbaus, gemessen an dem Anteil der gärtnerischen Verkaufserlöse an den Gesamteinnahmen eines Betriebes, ausdrücken. Die ursprünglich vorgesehenen fünf Hauptbetriebsarten werden nachfolgend zur Vereinfachung in zwei Gruppen zusammengefaßt.

Betriebe mit gärtnerischer Nutzfläche nach Betriebsarten

Betriebsart	Gärtnerische Verkaufserlöse in % der gesamten Verkaufserlöse des Betriebes	Betriebe	Gärtnerische Nutzfläche in ha
Gartenbaubetriebe ¹	50 – 100	2 383	6 331
dar. reine Gartenbaubetriebe	90 – 100	1 821	4 540
Landw. ² und sonst. Betriebe	1 – 50 ^a	5 256	10 230

1) Gartenbaubetriebe mit und ohne Landwirtschaft

2) Landwirtschaftliche Betriebe mit Gartenbau

a) Sonstige Betriebe: 1 – 100, Erwerbsgartenbau von nur geringem Umfang auf einzelnen Garten- und Ackerparzellen

Von den 7 639 Betrieben mit GN bauten zwei Drittel Freilandgemüse an. Mit Abstand folgten der Obstbau in 29% und Freilandzierpflanzenbau in 24% der Betriebe. Baumschulkulturen wurden in fast 830 Betrieben angezogen, wobei die 300 reinen Forstbaumschulen noch nicht berücksichtigt sind. Der mit 11% vergleichsweise geringe Anteil dieser Betriebe bringt deren Bedeutung allerdings nicht richtig zum Ausdruck. Samenbau war in nur 53 Betrieben anzutreffen, während gut 1 400 Betriebe (18%) über Unter-
glasflächen verfügten.

Die Schwerpunkte des schleswig-holsteinischen Erwerbsgemüsebaues liegen eindeutig in den landwirtschaftlichen Betrieben, wobei Unterschiede zwischen den einzelnen Gemüsearten bestehen, auf die später eingegangen wird. Der Obstbau ist etwa zu gleichen Teilen in landwirtschaftlichen und in Gartenbaubetrieben zu finden. Zierpflanzenbau, Hochbaumschulkulturen und Unter-
glasanlagen sind überwiegend in Gartenbaubetrieben zu finden.

Diese Verhältnisse werden besonders deutlich, wenn die Verteilung der Flächen auf die Nutzungsarten mit berücksichtigt wird.

Betriebe mit gärtnerischer Nutzfläche nach Betriebs- und Nutzungsarten

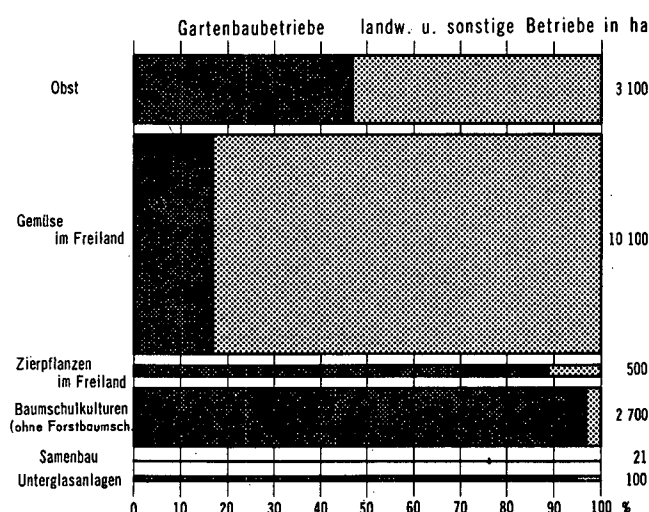
Gärtnerische Hauptnutzungsart	Betriebe, in denen die Nutzungsart vorhanden ist	davon	
		Gartenbau- betriebe	land- wirtsch. und sonstige Betriebe
		in %	
Obst	2 194	47	53
Gemüse im Freiland	4 971	21	79
Zierpflanzen im Freiland	1 834	64	36
Hochbaumschulkulturen	827	86	14
Gemüse- und Blumensamen	53	68	32
Unterglasanlagen	1 409	91	9
Insgesamt	7 639	31	69

Auf die reinen Gartenbaubetriebe entfallen nur 8% der über 10 000 ha großen Gemüse-Grundfläche, zusammen mit den Gartenbaubetrieben mit Landwirtschaft werden knapp 17% erreicht. Die Erwerbsobstfläche verteilt sich etwa zur Hälfte auf Gartenbau- und landwirtschaftliche Betriebe. Von der rund 500 ha großen Zierpflanzenfläche liegen demgegenüber 90% in Gartenbaubetrieben, hauptsächlich in reinen Gartenbaubetrieben. Die hier nachgewiesene Baumschulfläche von fast 2 700 ha liegt zu 90% in zumeist auf diese Produktionssparte spezialisierten reinen Gartenbaubetrieben. Unter-
glasanlagen waren 1961 insgesamt 103 ha vorhanden, von denen 90 ha schon auf reine Gartenbaubetriebe entfielen und nur 5 ha auf landwirtschaftliche und sonstige Betriebe. Von den reinen Gartenbaubetrieben verfügten 1961 fast 60% über Unter-
glasflächen.

Nach dem Überblick über die Verteilung der Nutzungsarten geht dieser Beitrag im folgenden auf die einzelnen Nutzungsarten näher ein.

D – 3534

Die Verteilung der gärtnerischen Nutzfläche auf Betriebs- und Nutzungsarten



1961 bauten 2 250 Betriebe 3 200 ha Obst an. Davon bildete auf 3 100 ha das Obst die Hauptnutzung. Hiervon entfielen wiederum fast 2 000 ha auf ertragfähiges Baumobst, darunter allein drei Viertel reine Apfelanlagen ohne Unterkultur, 550 ha auf noch nicht ertragfähiges Baumobst, 23 ha auf reines Beerenstrauchobst und 540 ha auf Erdbeeren. Zusammen mit 85 ha Baumobst in Nebennutzung ergeben sich gut 2 600 ha Baumobst überhaupt und gut 560 ha Beerenobst. Die gesamte Baumobstfläche gliedert sich andererseits in knapp 2 200 ha flächenmäßig abgrenzbare Anlagen, die jeweils nur mit einer einzigen Obstart bestanden waren, und gut 460 ha Anlagen mit mehreren Obstarten auf gleicher Fläche. Erstere werden als reine Anlagen, letztere als gemischte Anlagen bezeichnet.

Nach der Fläche kommt also den Apfelanlagen die Hauptbedeutung zu, und zwar den reinen Apfelanlagen in bäuerlichen Betrieben von 20 ha LN an.

Auch bei Erdbeeren bringen die Betriebe ab 20 ha LN schon fast die Hälfte der Gesamtfläche. Zwar baut auch eine große Zahl von kleinen Betrieben bis unter 0,5 ha LN herunter noch Erdbeeren an, jedoch nur mit sehr kleinen Anbauflächen pro Betrieb.

Von den 886 000 Obstbäumen in den Betrieben mit erwerbsmäßigem Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf waren allein 771 000 Apfelbäume, die wiederum zu 86% in reinen Apfelanlagen standen. Über die Hälfte der Bäume in den reinen Apfelanlagen waren Buschbäume und Viertelstämme. Der Anteil dieser Baumformen dürfte noch zunehmen, da hierunter wesentlich mehr Junganlagen nachgewiesen wurden, als bei den übrigen Baumformen. In den Anlagen mit ausschließlich Buschbäumen standen 44%

Obstart	Bäume insgesamt in 1 000 Stück	darunter in reinen Beständen %
Äpfel	770,5	86
darunter:		
Hoch- und Halbstämme	202,8	71
Buschbäume	303,3	88
Birnen	22,2	52
Süßkirschen	3,7	48
Sauerkirschen	42,3	77
Pflaumen und Zwetschen	43,8	53
Mirabellen und Renekloden	2,6	37
Übriges Baumobst ¹⁾	0,6	—
Bäume insgesamt	885,8	83

1) Pfirsiche, Aprikosen und Walnüsse

noch nicht ertragfähige Bäume gegenüber nur 12% bei den Anlagen mit ausschließlich Hoch- und Halbstämmen und nur 9% bei Anlagen mit verschiedenen Baumformen. Dieses Bild wird ergänzt durch die Angaben über den durchschnittlichen Baumbesatz je ha, der bei den noch nicht ertragfähigen Anlagen, also den modernen jungen Pflanzungen, durchweg erheblich höher war als bei den alten Anlagen.

Bei der Zählung 1961 sind die Betriebsinhaber aufgefordert worden, die in ihren Betrieben am meisten vorhandenen Apfelsorten und die dazugehörigen Baumzahlen zu nennen. Auf diese Weise wurden Sortenangaben für 75% aller Apfelbäume gemacht.

Die verbreitetste Sorte ist demnach Cox Orange mit 23% aller Bäume, gefolgt von Martini mit 14%, Boskop mit 11%, James Grieve mit 10% sowie Holsteiner Cox und Finkenwerder Herbstprinz mit je 9% aller Bäume. Der Anteil aller übrigen Sorten liegt jeweils unter 4%. Interessant sind auch hier wieder die unterschiedlichen Anteile der ertragfähigen und nichtertragfähigen Bäume, aus denen Rückschlüsse auf die jüngste Entwicklung möglich sind. So haben z. B. die Sorte Holsteiner Cox, James Grieve, Golden Delicious und Ingrid Marie besonders hohe Anteile noch nicht ertragfähiger Bäume, die relativ weit verbreiteten Sorten Martini und Boskop dagegen wesentlich geringere.

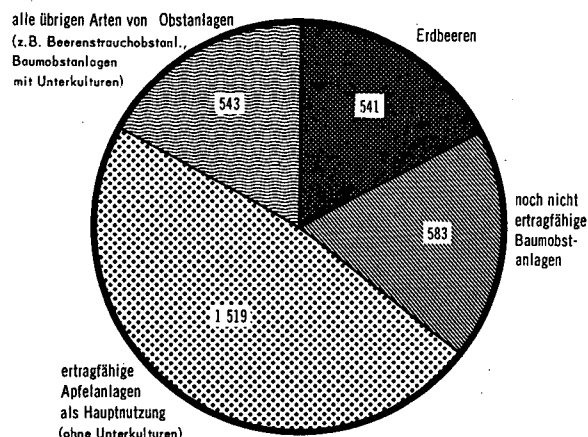
Freilandgemüse

Während bisher nur über die Grundfläche berichtet wurde, tritt jetzt die Anbaufläche als neuer Begriff hinzu, bei der die Mehrfachnutzung durch Früchte der gleichen Nutzungsart innerhalb eines Jahres berücksichtigt wird.

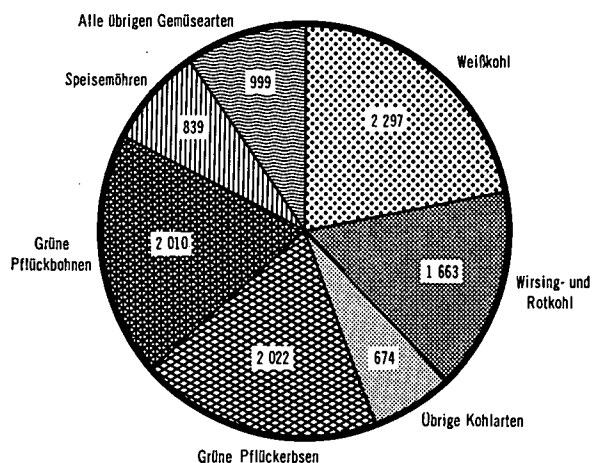
1961 betrug die Gemüseanbaufläche 10 500 ha; das sind 3,6% mehr als die Gemüsegrundfläche von über 10 100 ha. In Schleswig-Holstein hat

D - 3535

Fläche der Obstanlagen
nach Art der Anlagen
in ha



Gemüseanbaufläche auf dem Freiland nach ausgewählten Gemüsearten in ha



also die Mehrfachnutzung keine große Bedeutung. Das liegt daran, daß über 80% der Gemüseanbaufläche in landwirtschaftlichen Betrieben liegen, in denen nur selten eine Mehrfachnutzung durch Gemüse anzutreffen ist. Von allen Betrieben mit Gemüseanbau haben vor allem die mit 0,5 bis unter 10 ha LN und andererseits vor allem die Gartenbaubetriebe nennenswerte Mehrfachnutzung mit Gemüse. Von den fast 5 000 Betrieben mit Freilandgemüseanbau hatte über die Hälfte Gemüseanbauflächen von 1 und mehr ha.

Die einzelnen Gemüsearten verteilen sich recht unterschiedlich auf die Betriebsarten landwirtschaftliche und Gartenbaubetriebe. Der Kopfkohlanbau befindet sich zu 90% in den landwirtschaftlichen Betrieben. Dabei ist der Anteil bei den späten Kohlsorten noch etwas höher als beim Frühlkohl. Den höchsten Anteil haben die landwirtschaftlichen Betriebe bei den grünen Pflückerbsen. Weiterhin sind grüne Pflückbohnen, Rote Bete, Gurken, Dicke Bohnen, Spargel, Speisemöhren und Grünkohl überwiegend in landwirtschaftlichen Betrieben zu finden. Demgegenüber liegen in den Gartenbaubetrieben die Schwerpunkte des Feingemüseanbaus, wie Rosenkohl, Spinat und Blumenkohl. Auch die in dem Bild zusammengefaßten Gemüsearten, wie z. B. Sellerie, Kohlrabi, Porree und Rhabarber werden überwiegend in Gartenbaubetrieben angebaut.

Die Anbauflächenverteilung der einzelnen Gemüsearten auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen ist naturgemäß eng mit der Verteilung auf die Betriebsarten verbunden. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind zugleich gegenüber den Gartenbaubetrieben auch die größeren, so daß automatisch das Grobgemüse hauptsächlich in den größeren und das Feingemüse in den kleineren Betrieben verbreitet ist.

Gemüse unter Glas

Von den knapp 5 000 Betrieben mit Freilandgemüse bauten 605 gleichzeitig Gemüse unter Glas an, darunter waren 531 Gartenbaubetriebe.

Insgesamt bauten 1961 659 Betriebe rund 31 ha Gemüse in Unterglasanlagen an. Davon entfielen knapp 6 ha auf heizbare Anlagen. Jeweils ein knappes Viertel der Anbauflächen entfiel auf Tomaten und Kopfsalat. Ein reichliches Viertel nahmen Gemüsepflanzen zum Verkauf ein. Mit 12% der Anbaufläche erreichten auch Gurken noch einen nennenswerten Anteil. Von Gurken und Tomaten wurden außerdem etwa je ein Drittel in heizbaren Anlagen angebaut.

Zierpflanzen im Freiland

1961 bauten 1 834 Betriebe, das ist etwa ein Viertel aller Betriebe mit Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf, Zierpflanzen an. Die Zierpflanzen beanspruchten eine Grundfläche (ohne Berücksichtigung der Mehrfachnutzung) von 512 ha, das sind nur 3% der gesamten Gärtnerischen Nutzfläche.

Von den Betrieben mit Zierpflanzenanbau im Freiland sind gut die Hälfte reine Gartenbaubetriebe. Knapp 10% haben neben dem Gartenbau in geringem Umfang Landwirtschaft und 36% sind landwirtschaftliche oder sonstige Betriebe, die z. B. in Hausgärten oder auf einzelnen Ackerparzellen Zierpflanzen in geringem Umfang anbauen.

Von der Zierpflanzenfläche im Freiland wurden 55% durch Zierpflanzen zum Schnitt und 45% durch Zierpflanzen zu Anzucht und Vermehrung

Zierpflanzenflächen im Freiland nach Zierpflanzenarten und -bestimmungszweck

Art/Bestimmungszweck	Anbaufläche ha
Zierpflanzen zum Schnitt	
Rosen	41
Nelken	3
Flieger	5
Sonstige Blüten- und Ziersträucher	45
Blumenzwiebeln	28
Stauden- und Knollengewächse	60
Frühlings- und Sommerblumen	65
Freilandchrysanthemen	39
insgesamt	286
Zierpflanzen zur Anzucht und Vermehrung	
Blumenzwiebeln	73
Blumenknollen	41
Maiblumen	48
Stauden	31
Übrige Anzucht- und Aufstellungsflächen für Frühlingsblumen, Chrysanthemen, Topfpflanzen u. a. mehr	39
insgesamt	232

genutzt. Die Anteile der verschiedenen Arten sind aus der zugehörigen Übersicht ersichtlich. Von den Schnittblumen sind die Frühlings- und Sommerblumen, die Stauden- und Knollengewächse und die Rosen am stärksten verbreitet, wobei die ersten beiden Arten stärker in Kleinbetrieben, die Rosendagegen zu drei Vierteln in Betrieben mit 1 und mehr ha gärtnerischer Nutzfläche zu finden sind.

An der Vermehrungsfläche haben die Blumenzwiebeln den größten Anteil, sie werden wie die Blumenknollen fast ausschließlich in Betrieben mit 1 und mehr ha gärtnerischer Nutzfläche angebaut, während die Maiblumen, die nach den Blumenzwiebeln ebenfalls größere Bedeutung haben, etwa zur Hälfte in Betrieben mit weniger als 1 ha gärtnerischer Nutzfläche zu finden sind.

Zierpflanzen unter Glas

In den Unterglasanlagen der Gartenbaubetriebe werden bedeutende Mengen von Blumen und Zierpflanzen herangezogen. Über Größe und Nutzung der Unterglasanlagen wird im letzten Teil dieses Aufsatzes berichtet. Hier soll zunächst ein Überblick über die verschiedenen Arten der Zierpflanzenproduktion gegeben werden.

1961 wurden in den verschiedenen Unterglasanlagen insgesamt fast 40 ha Schnittblumen,

Zierpflanzen in Unterglasanlagen

Art der Produktion	Betriebe	Umfang der Produktion (Anbaufläche, Stück)
Topf- und Grünpflanzen		
Cyclamen	697	2 002 000 Töpfe
Blütenbegonien	339	501 000 "
Hortensten	383	243 000 "
Gloxinien	271	296 000 "
Azaleen		
Rohware im Erzeugerbetrieb	118	445 000 Ballen
Blühware aus Treiberei	384	504 000 Töpfe
Erica gracilis	104	75 000 "
Beet- und Balkonpflanzen	603	3 944 000 "
andere Blütenpflanzen	442	773 000 "
Grün- und Blattpflanzen	573	940 000 "
Schnittblumen und Schnittgrün		
Rosen	75	37 000 qm
Nelken	126	58 000 "
Treibflieger	18	13 000 Ballen
Tulpen	562	8 704 000 Stück
Narzissen	533	1 611 000 "
Chrysanthemen		
große und dekorative	401	75 000 qm
kleinblumige	208	27 000 "
Freestien	87	12 000 "
andere Schnittblumen	218	39 000 "
Schnittgrün	519	56 000 "
Jungpflanzen zum Verkauf	413	89 000 "
Blumensamen	15	3 000 "

Schnittgrün, Jungpflanzen zum Verkauf oder Blumensamen gezogen. Von der Fläche nahmen die Jungpflanzen zum Verkauf, die großen Chrysanthemen und die Nelken die größten Flächen in Anspruch. Daneben wurde Raum für 20 Mill. Ballen, Töpfe oder Stück Schnittblumen beansprucht. Nach der Zahl der beteiligten Betriebe waren Cyclamen, Beet- und Balkonpflanzen, Grün- und Blattpflanzen, Tulpen, Narzissen und Schnittgrün am stärksten verbreitet. Einzelheiten über die Zusammensetzung der Produktion nach Arten gehen aus der entsprechenden Tabelle hervor.

Baumschulen

Die Baumschulerzeugnisse lassen sich nach ihrem Verwendungszweck in zwei große Gruppen einteilen:

- a) Forstbaumschulerzeugnisse
- b) Hoch- oder Gartenbaumschulerzeugnisse (Ziergehölze und Obstgehölze)

Dementsprechend gliedern sich die Produktionsstätten in Forstbaumschulen und Hochbaumschulen sowie in Baumschulen, die beide Erzeugnisse herstellen. Letztere sollen hier als Gemischtbaumschulen¹ bezeichnet werden.

1961 gab es in Schleswig-Holstein ohne die Kampfanlagen in Forstbetrieben 1 097 Betriebe mit Baumschulkulturen; sie bewirtschafteten 3 206 ha Baumschulfläche. Von dieser Baumschulfläche entfielen 1 447 ha auf Forstbaumschulerzeugnisse (einschließlich 32 ha Pappelschulerzeugnisse) und 1 759 ha auf Hochbaumschulerzeugnisse; das entspricht einem Verhältnis von 45 zu 55.

Von den Betrieben waren 301 (27%) reine Forstbaumschulen, 422 (39%) Gemischtbaumschulen und 374 (34%) reine Hochbaumschulen. Die Aufteilung in die drei genannten Betriebsgruppen ist insofern nicht ganz befriedigend, als in den Gemischtbaumschulen praktisch jede Kombination der beiden Erzeugnisgruppen möglich ist; die Extremfälle dieser Mittelgruppe kommen den reinen Forstbaumschulen auf der einen und den reinen Hochbaumschulen auf der anderen Seite strukturell praktisch gleich. Die Mehrzahl dieser Betriebe ist auch mehr oder weniger stark auf eine dieser Richtungen spezialisiert. Es überwiegen diejenigen Betriebe, in denen das Schwergewicht der Produktion auf den Hochbaumschulerzeugnissen liegt.

Wie die Tabelle zeigt, liegen nur knapp 40% der Forstbaumschulfläche in reinen Forstbaumschulen und die Hälfte der Hochbaumschulfläche in reinen Hochbaumschulen, während der Hauptanteil der Forstpflanzen und die Hälfte

1) Als "Gemischtbaumschulen" werden in anderem Zusammenhang auch Baumschulen mit gemischtem Hochbaumschulsortiment bezeichnet

Die Baumschulfläche nach Produktionsrichtung der Betriebe
und Art der Anzuchten

Forstbaumschulfläche	
in reinen Forstbaumschulen	556 ha
in Gemischtbaumschulen	891 ha
insgesamt	1 447 ha
davon	
Nadelgehölze	62 %
Laubgehölze und Pappeln	38 %
Hochbaumschulfläche	
in reinen Hochbaumschulen	878 ha
in Gemischtbaumschulen	881 ha
insgesamt	1 759 ha
davon	
Obstgehölze und -sträucher ¹	11 %
Obstunterlagen ²	3 %
Rosen und Rosenunterlagen	29 %
Laub-Ziergehölze	42 %
Immergrüne Laub-Ziergehölze	3 %
Nadel-Ziergehölze	12 %

1) ohne Anzucht von Unterlagen

2) zum Verkauf oder zur eigenen Aufschulung

der Obst- und Ziergehölze in Gemischtbaumschulen herangezogen wird.

Unter den Gemischtbaumschulen sind am häufigsten größere Betriebe zu finden, während bei den reinen Forstbaumschulen kleinere Betriebe in der Mehrzahl sind. 77% der Betriebe sind unter 5 ha LN groß, auf sie entfällt fast die Hälfte der Fläche.

Von der Forstbaumschulfläche entfallen gut ein Drittel auf Laubgehölze und zwei Drittel auf Nadelgehölze. Die Zusammensetzung ist nicht in allen Betriebsgrößenklassen gleich. Abgesehen von der Größenklasse 10 bis unter 20 ha LN steigt der Anteil der Laubgehölze an der gesamten Forstbaumschulfläche sowohl von den ganz großen als auch von den kleinen Betrieben her zu den mittleren Betriebsgrößenklassen hin an.

In diesem Zusammenhang interessiert, wie groß die Anzuchtflächen für Forstpflanzen außerhalb der Baumschulen in den Forstbetrieben

Die Verbreitung der Pflanzen- und Anzuchtarten
in den Baumschulen

Betriebe mit Anzucht von	Anzahl	%
Forst-Laubgehölzen	545	50
Forst-Nadelgehölzen	638	58
Pappeln	86	8
Obstbäumen und -sträuchern ¹	221	20
Obstunterlagen ²	146	13
Rosen und Rosenunterlagen	612	56
Laubgehölzen zu Zierzwecken ³	517	47
Immergrünen Laubgehölzen zu Zierzwecken	183	17
Nadelgehölzen zu Zierzwecken	352	32
Baumschulen insgesamt	1 097	100

1) ohne Anzucht von Unterlagen

2) zum Verkauf oder zur eigenen Aufschulung

3) Laubbäume für Straßen, Parks und Gärten ohne Pappeln

selber sind. Nach den Ergebnissen der Forsterhebung 1961 waren im Oktober 1960 in 58 Forstbetrieben insgesamt 52 ha ständige Pflanzgärten, Saatkämpfe und dergleichen vorhanden. Wieweit daneben noch nichtständige Anlagen dieser Art bestanden oder wieweit solche etwa schon durch die Erhebung miterfaßt worden sind, ist aus den Ergebnissen der Befragung nicht ersichtlich.

Von der Hochbaumschulfläche entfällt der weitestgrößte Teil auf Ziergehölze, von denen wiederum die Laub-Ziergehölze mit über 40% und die Rosen und Rosenunterlagen mit knapp 30% die größten Flächen beanspruchten. Obstgehölze, Beerensträucher und Obstunterlagen nahmen nur 14% der Hochbaumschulfläche ein.

Von den einzelnen Pflanzen- und Anzuchtarten sind - gemessen an der Zahl der Betriebe, in denen sie vorkommen - die Rosen und Rosenunterlagen, die Forstpflanzen und die Laubgehölze zu Zierzwecken am stärksten verbreitet. Mit der Anzucht von Pappeln, Obstunterlagen, veredelten Obstbäumen und -sträuchern und immergrünen Laubgehölzen befassen sich wesentlich weniger Betriebe.

Unterglasanlagen

Von den 7 639³ Betrieben mit Anbau von Gartengewächsen zum Verkauf verfügten 1961

Art und Nutzung der Unterglasanlagen

Art der Anlage	Grundfläche	davon ausschließlich oder überwiegend genutzt durch		
		Zierpflanzen	Gemüse	sonstige Kulturen
	ha	%		
Heizbare Gewächshäuser ¹	45,3	89	8	3
Nicht heizbare Gewächshäuser	10,3	46	49	5
Rollhäuser	1,7	76	24	-
Heizbare Frühbeete ²	2,4	87	7	6
Nicht heizbare Frühbeete	38,6	66	25	9
Wanderkästen	4,7	43	34	23
Insgesamt	103,0	74	20	6
	Anbaufläche	davon entfallen auf		
		Zierpflanzen	Gemüse	sonstige Kulturen
	ha	%		
	136	73	22	5

1) ohne Rollhäuser

2) ohne Wanderkästen

3) Betriebe mit gärtnerischer Nutzfläche

1 409 oder 18% über insgesamt 103 ha Unterglasanlagen. Unterglasanlagen finden sich vor allem in den reinen Gartenbaubetrieben und in Gartenbaubetrieben mit Landwirtschaft, während von den landwirtschaftlichen Betrieben mit Gartenbau und sonstigen Betrieben nur 3% über Unterglasanlagen verfügten.

Von den reinen Gartenbaubetrieben haben wiederum die Zierpflanzenbaubetriebe den Hauptanteil; in diesen waren 1961 fast 60% der gesamten Unterglasfläche zu finden.

Wie aus der obigen Übersicht hervorgeht, sind die heizbaren Gewächshäuser und die nicht heizbaren Frühbeete die wichtigsten Arten von Unterglasanlagen. Daneben sind die nicht heizbaren Gewächshäuser noch von Bedeutung. Etwa drei Viertel der Unterglasfläche wird ausschließlich oder überwiegend durch Zierpflanzen genutzt, die auch etwa den gleichen Anteil der Anbaufläche unter Glas einnehmen. Besonders stark überwiegt der Zierpflanzenanbau in den heizbaren Anlagen.

Dr. Matthias Sievers

Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein

Die Entwicklung 1962 bis 1964

Am 31. Dezember 1964 waren in Schleswig-Holstein 1 395 Kapitalgesellschaften mit einem Nominalkapital von 729 Mill. DM handelsgerichtlich registriert. Ihre Zahl hat sich in den drei vorangegangenen Jahren um 271 oder fast ein Viertel erhöht. Recht kräftig war auch die Ausweitung ihres Kapitalvolumens, das um 165 Mill. DM oder beinahe drei Zehntel zunahm. Das ist um so höher zu bewerten, als sich die Kapitaleinlagen der Neugründungen größtenteils nur am Rande des gesetzlich festgelegten Minimums von 100 000 DM bei Aktiengesellschaften und 20 000 DM bei Gesellschaften mbH bewegen.

Der Kapitalzuwachs im Jahre 1964 in Höhe von 74 Mill. DM ragt besonders heraus. Die Anzahl

der Kapitalgesellschaften ist dagegen im Jahre 1963 stärker gestiegen.

Die Vergrößerung des Kreises der Kapitalgesellschaften um 271 im Verlauf der letzten drei Jahre ergab sich aus 412 Zugängen mit insgesamt 190 Mill. DM Nominalkapital und 141 Abgängen mit 25 Mill. DM. Der Anzahl nach überwogen als Zugänge 365 Neugründungen, worunter sich allerdings auch einige Firmen befanden, die vormalig in einer anderen Rechtsform bestanden oder nach vorübergehender Löschung wieder rechtlich tätig wurden. Die zahlreichen Neugründungen, für die nominell 33 Mill. DM angemeldet wurden, waren für die Entwicklung des Kapitalvolumens nicht von entscheidendem Einfluß. Sie wurden vielmehr durch 209 Kapitalerhöhungen, die insgesamt 140 Mill. DM er-

Die Entwicklung der Kapitalgesellschaften Anfang 1962 bis Ende 1964

	1964		1962 - 1964		davon			
	Anzahl	Kapital Mill. DM	Anzahl	Kapital Mill. DM	AG		GmbH	
					Anzahl	Grund- kapital Mill. DM	Anzahl	Stamm- kapital Mill. DM
Anfangsbestand	1 297	655,4	1 124	564,4	68	239,6	1 056	324,7
Zugänge	165	84,2	412	190,2	8	27,3	404	162,9
davon								
Gründung, Umwandlung und Fortsetzung	151	13,5	365	32,9	7	5,3	358	27,7
Sitzverlegung innerhalb des Bundesgebietes	14	10,8	47	17,4	1	0,6	46	16,8
durchgeführte Kapitalerhöhung	(76)	59,8	(209)	139,9	(25)	21,4	(184)	118,5
Abgänge	67	10,2	141	25,2	5	7,0	136	18,1
davon								
Liquidationseröffnung	11	2,4	25	5,1	1	1,7	24	3,4
Konkureröffnung	1	0,1	6	0,3	-	-	6	0,3
Fusion	3	2,8	4	4,3	1	1,5	3	2,8
Umwandlung	5	0,4	17	1,3	1	0,3	16	0,9
Sitzverlegung	10	0,5	29	5,5	2	3,5	27	2,0
Kapitalherabsetzung	(4)	0,6	(6)	0,9	-	-	(6)	0,9
Sonstige Abgänge	37	3,4	60	7,8	-	-	60	7,8
Bestand am Ende des Jahres	1 395	729,4	1 395	729,4	71	259,9	1 324	469,5

brachten, bei weitem übertroffen. Durch 47 Sitzverlegungen nach Schleswig-Holstein von solchen Unternehmen, die vorher in anderen Ländern des Bundesgebietes ansässig gewesen waren, kamen 17 Mill. DM neu hinzu.

Die 141 Abgänge betreffen kleinere oder mittlere Betriebe. Von einiger wirtschaftlicher Bedeutung waren vier Fusionen mit 4,3 Mill. DM und 25 Liquidationen, bei denen 5,1 Mill. DM nachgewiesen wurden. Durch Verlagerung des Geschäftssitzes aus Schleswig-Holstein wurden 5,5 Mill. DM in Abgang gestellt, während bei sechs Konkursen und 17 Umwandlungen nur ein Kapitalschwund von zusammen 1,6 Mill. DM festgestellt wurde. Kapitalherabsetzungen kamen nur bei sechs Gesellschaften mbH in Höhe von insgesamt 0,9 Mill. DM vor. Sonstige Veränderungen, bei denen es sich in der Mehrzahl um Registerbereinigungen von Amts wegen handelt, trugen zu einer weiteren Kapitalminderung um 7,8 Mill. DM bei.

Aktiengesellschaften

Besondere formale Vorschriften und ein strenger Veröffentlichungszwang bewirken, daß die Rechtsform der AG bei weitem nicht so häufig gewählt wird wie die der Gesellschaft mbH. Daher hat sich die Zahl der in Schleswig-Holstein registrierten Aktiengesellschaften seit Anfang 1962 bis zum Jahresende 1964 nur um 3 auf 71 erhöht. Das Grundkapital der Aktiengesellschaften weitete sich im gleichen Zeitraum lediglich um 20 Mill. DM aus. Dieser Betrag ergibt sich im wesentlichen aus 25 durchgeführten Kapitalerhöhungen. Dagegen wurde das durch 7 Neugründungen und eine Sitzverlegung nach Schleswig-Holstein zugewandene Kapital durch Abgänge infolge je einer Liquidations-

eröffnung, Fusion und Umwandlung sowie zweier Sitzverlegungen in das übrige Bundesgebiet mehr als ausgeglichen.

Zwei Fünftel aller Aktiengesellschaften waren am Jahresende 1964 dem Produzierenden Gewerbe zugeordnet. Der Anteil des von ihnen nachgewiesenen Grundkapitals machte sogar zwei Drittel des Gesamtvolumens aus. Von einigem Gewicht waren auch die 55 Mill. DM, die von zehn Kreditinstituten und drei Versicherungsgesellschaften eingebracht worden waren. Dagegen war der Handel - hier gab es nur Großhandelsfirmen - mit fünf Aktiengesellschaften und 6 Mill. DM recht bescheiden vertreten.

Eine Gliederung nach Kapitalgrößenklassen zeigt, daß über die Hälfte der Aktiengesellschaften, deren Kapitalausstattung im Einzelfall weniger als 1 Mill. DM betrug, am Grundkapital aller Unternehmen dieser Rechtsform nur mit 7% beteiligt war. Drei Betriebe hatten sogar ein Kapital, das jeweils 100 000 DM nicht überschritt. Das Gewicht der Firmen, deren Kapitaleinlagen über 1 Mill. DM ausmachten, war zwangsläufig entsprechend größer. Vor allem dominierten sechs Unternehmen der Kapitalgrößenklasse 10 Mill. DM und mehr mit über der Hälfte des gesamten Grundkapitals.

Ein Vergleich der 15 größten Aktiengesellschaften in Schleswig-Holstein gegenüber 1961 ergibt, daß die damals größten drei Unternehmen mit unverändert gebliebenem Kapital auch bis Ende 1964 ihre Rangfolge nicht geändert haben. Die Schleswig-Holsteinische Stromversorgung AG in Rendsburg, an der der jetzt zur Privatisierung anstehende Veba-Konzern wesentlich beteiligt ist, hat mit 50 Mill. DM nach wie vor das bei weitem größte Grundkapital. An

Die Kapitalgesellschaften nach Wirtschaftsabteilungen 1964

Wirtschaftsabteilung	Aktiengesellschaften		Gesellschaften mbH	
	Stand am Jahresende 1964			
	Anzahl	Kapital 1 000 DM	Anzahl	Kapital 1 000 DM
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1	2 400	13	10 021
Produzierendes Gewerbe zusammen	29	169 590	583	301 942
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	1	50 000	6	3 640
Verarbeitendes Gewerbe	27	119 490	487	294 307
Baugewerbe	1	100	90	3 994
Handel	5	5 920	324	63 689
Großhandel	5	5 920	230	56 131
Handelsvermittlung	—	—	9	395
Einzelhandel	—	—	85	7 163
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16	19 782	114	15 634
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	13	55 000	43	5 047
Dienstleistungen (von Unternehmen und freien Berufen)	7	7 187	247	73 162
Insgesamt	71	259 880	1 324	469 494

zweiter Stelle folgt mit den Kieler Howaldtswerken ein weiteres dem Bund gehörendes Unternehmen. Erst an dritter Stelle liegt mit den Lübecker Flender-Werken ein privates Unternehmen. In der weiteren Rangfolge ergeben sich nur kleinere Verschiebungen, die durch Kapitalerhöhungen bei drei Kreditinstituten bedingt sind.

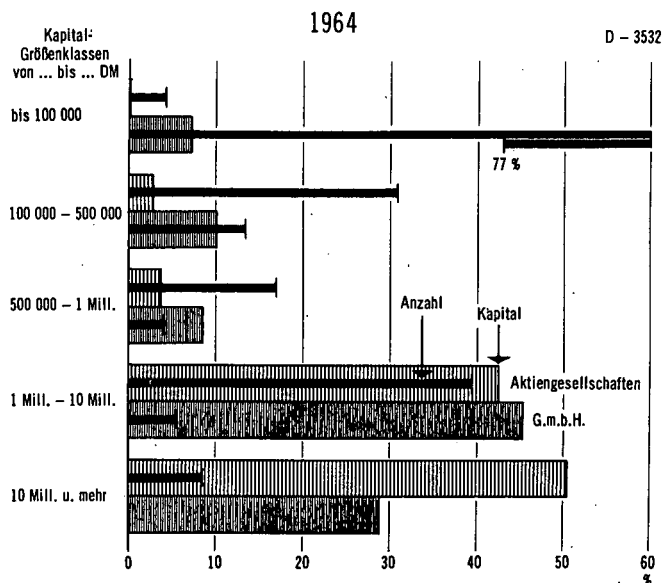
Das Grundkapital der 16 größten AG in Schleswig-Holstein 1964

Rangfolge		Firma	Grundkapital in Mill. DM
1964	1961		
1.	(1)	Schleswig-Holsteinische Stromversorgung AG, Rendsburg	50,0
2.	(2)	Kieler Howaldtswerke AG, Kiel	35,0
3.	(3)	Lübecker Flender-Werke AG, Lübeck	15,0
4.	(6)	Schiffshypothekenbank zu Lübeck AG	11,0
5.	(8)	Schleswig-Holsteinische Westbank, Husum	10,8
6.	(4)	Kieler Verkehrsaktiengesellschaft, Kiel	10,5
7.	(11)	Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG, Kiel	10,0
8.	(5)	Norddeutsche Lederwerke AG Werk Neumünster	9,6
9.	(7)	Peter Temming AG, Glückstadt	9,0
10.	(9)	Breitenburger Portland-Cement-Fabrik AG, Lägerdorf	8,0
11.	(10)	Emil Köster AG, Lederfabriken, Neumünster	7,6
12.	(14)	"National" Allgemeine Versicherungs- Aktien-Gesellschaft, Lübeck	7,5
13.	(12)	Flensburger Schiffbaugesellschaft, Flensburg	6,6
14.	(13)	Schleswig-Holsteinische Zucker AG, Schleswig	6,0
15.	(-)	Bartels-Longness AG, Kiel	4,0
	(-)	Handelsbank in Lübeck AG	4,0

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaften mbH, die in Schleswig-Holstein am Jahresende 1964 über neun Zehntel aller Kapitalgesellschaften ausmachten, sind seit Beginn des Jahres 1962 um 268 auf 1 324 angestiegen. Ihre Kapitalausstattung dehnte sich im gleichen Zeitraum um fast die Hälfte aus. Mit 469 Mill. DM war die Summe des Stammkapitals beinahe doppelt so hoch wie die des Grundkapitals der schleswig-holsteinischen Aktiengesellschaften, während es drei Jahre zuvor nur ein Drittel mehr gewesen sind. Ausgehend von dem Bestand am 1. Januar 1962 war die Zahl der Fluktuationen beachtlich. Wurden doch in der Zeit bis zum 31. 12. 1964 nicht weniger als 404 Zugänge und 136 Abgänge registriert. Trotz 358 Neugründungen war der Zufluß von neuem Kapital in Höhe von 28 Mill. DM mäßig, wenn man die Kapitalaufstockung im Werte von 118 Mill. DM zum Vergleich heranzieht. Von 46 Unternehmen, die ihren Geschäftssitz nach Schleswig-Holstein verlegten,

Die Kapitalgesellschaften nach Kapitalgrößenklassen



wurden 17 Mill. DM Stammkapital nachgewiesen. Unter den Abgängen fallen lediglich die Löschungen von Amts wegen, die in den "son-

Das Stammkapital der 21 größten Gesellschaften mbH in Schleswig-Holstein 1964

Rangfolge		Firma	Stammkapital in Mill. DM
1964	1961		
1.	(12)	Condea Petrochemie GmbH, Brunsbüttelkoog	40,0
2.	(1)	Metalhüttenwerke GmbH, Lübeck	30,0
3.	(-)	Paul Erasmi & Co. GmbH, Lübeck	17,0
4.	(4)	Lubecawerke GmbH, Lübeck	15,0
5.	(2)	L. Possehl & Co. GmbH, Lübeck	12,0
6.	(3)	Bohlen-Industrie GmbH, Glinde	11,0
7.	(7)	Jurid Werke GmbH, Glinde	10,6
8.	(5)	Oleonaphta, Chemische Fabrik GmbH, Brunsbüttelkoog	9,0
9.	(6)	Hochseefischerei Kiel GmbH, Kiel	8,5
10.	(12)	Rockwell GmbH, Pinneberg	8,0
	(-)	Dr. Bernhadt Beyschlag, Apparatebau GmbH, Westerland	8,0
11.	(8)	MAK, Maschinenbau Kiel GmbH, Kiel	7,0
	(9)	"Neue Heimat" Gem. Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft im Lande Schleswig- Holstein GmbH, Kiel	7,0
12.	(12)	Kieler Wohnungsbau GmbH, Kiel	6,0
	(9)	Siemen & Hinsch GmbH, Pumpenfabrik, Itzehoe	6,0
13.	(-)	Deutsche Andco Rockwell GmbH, Prisdorf, Krs. Pinneberg	5,0
	(-)	Deutsch-Amerikanische Strumpffabrik GmbH, Reinfeld	5,0
	(10)	"Hagenuk" vorm. Neufeld & Kunke GmbH, Kiel	5,0
14.	(-)	Heine & Co. GmbH, Elmshorn	4,7
15.	(11)	Danfoss-Flensburg, Automatische Schalt- und Regelapparate GmbH, Flensburg	4,5
	(11)	General Foods GmbH, Elmshorn	4,5

stigen Abgängen" enthalten sind, ein wenig ins Gewicht.

Für nahezu die Hälfte aller Gesellschaften mbH wurde ein Kapital angegeben, das nicht höher als 20 000 DM war. Die Besetzung der einzelnen Kapitalgrößenklassen läßt ein Gefälle erkennen, das nach einem abrupten Rückgang von der untersten Gruppe (627) zur nächst höheren (242) ziemlich gleichmäßig bis zu der mit sieben Gesellschaften vertretenen Kapitalgrößenklasse mit über 10 Mill. DM fortschreitet. Diese Tendenz wurde lediglich durch die Gruppe der 92 Betriebe mit einem Stammkapital von 200 000 bis 500 000 DM unterbrochen.

Obwohl die meisten Gesellschaften mbH mit einem Kapital ausgestattet waren, das unter der gesetzlich vorgeschriebenen Minimalgrenze der Aktiengesellschaften lag, gab es 33 Unternehmen mit haftungsbeschränkten Gesellschaftseinlagen gegenüber 18 Aktiengesellschaften, die mit jeweils über 3 Mill. DM Kapital ausgestattet waren. Mit 40 Mill. DM und 30 Mill. DM blieben die beiden größten Gesellschaften mbH nur wenig hinter den an gleicher Stelle liegenden Aktiengesellschaften zurück.

Gliedert man die Gesellschaften mbH nach Wirtschaftsabteilungen, so stellt man fest, daß das produzierende Gewerbe sowohl der Zahl (500) als auch dem Kapital nach (294 Mill. DM)

am stärksten vertreten ist. Nur der Handel kommt mit der Zahl der Gesellschaften an diese Größenordnung heran. Vom gesamten Kapital der Gesellschaften mbH stellt der Handel jedoch nur 14%, während es beim produzierenden Gewerbe über sechs Zehntel sind.

Im Verlaufe der letzten drei Jahre haben sich bei den Gesellschaften mbH durch Veränderung der Mittel und Neugründungen starke Verschiebungen innerhalb der Liste der 15 größten Unternehmen ergeben. So hat die Ende 1961 noch auf dem 12. Platz rangierende Condea Petrochemie GmbH inzwischen die Spitze übernommen, wodurch die ehemals führende Metallhüttenwerke GmbH auf die zweite Position zurückfiel. Als Dritte folgt die Erasmi u. Co. GmbH, die sich erst im Jahre 1964 zu einer großen Wirtschaftseinheit entwickelt hat. Fast alle der großen Gesellschaften mbH gehören dem verarbeitendem Gewerbe an. Als Handelsfirma ragt die L. Possehl u. Co. GmbH mit einem Stammkapital von 12 Mill. DM hervor, während zwei Wohnungsbauunternehmen an 11. und 12. Stelle anzutreffen waren.

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Vergleiche auch: "Die Kapitalgesellschaften in Schleswig-Holstein im Jahre 1962" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 215 (Juli) und "Entwicklung von Zahl und Nominalkapital bei Kapitalgesellschaften im Jahr 1964" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 188 (März)

Kurzberichte

Umsätze des Einzelhandels 1964

Der Einzelhandel steht in einer besonders intensiven Beziehung zu den privaten Haushalten. Der größte Teil der vom Einzelhandel verkauften Ware kommt nämlich den privaten Verbrauchern zugute. Umgekehrt decken die Haushalte den größten Teil ihres Bedarfes über den Einzelhandel. So sagen die Angaben über die Umsätze des Einzelhandels¹ nicht nur etwas über die Lage dieses Wirtschaftsbereiches aus, sondern auch über die Versorgung der Bevölkerung mit Waren.

Der gesamte Einzelhandel setzte 1962 im Bundesgebiet ohne Berlin 100 Mrd. DM um, davon 4,2 Mrd. DM in Schleswig-Holstein. Seit

1962 sind die Umsätze weiter gestiegen und lagen auch 1964 wieder 7% höher als im Vorjahre, wenn man das ganze Bundesgebiet im Auge hat. Dieser Zuwachs ist größer als der von 1963, aber kleiner als der von 1962.

In den einzelnen Bereichen zeigen sich merkliche Entwicklungsunterschiede. Am besten schnitt der Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf ab.

Er hatte im Jahre davor aber auch nur einen Zuwachs von knapp 1% verzeichnen können. Der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen konnte ebenso wie der Nahrungs- und Genußmittelhandel seine Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahre verdoppeln. Nur im Bereich der sonstigen Waren entsprach die Steigerung etwa der des Vorjahres.

Will man etwas über die Versorgung der Bevölkerung wissen, so ist es besser, die Preis-

¹) Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik 1965, S. 35 ff (Januar)

Zunahme der Umsatzwerte 1964 gegenüber 1963
im Bundesgebiet ohne Berlin

Einzelhandelsbereich	In jeweiligen Preisen	In konstanten Preisen
Nahrungs- und Genußmittel	+ 5,8 %	+ 3,7 %
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	+ 7,2 %	+ 5,1 %
Hausrat und Wohnbedarf	+ 9,4 %	+ 7,4 %
Sonstige Waren	+ 6,4 %	+ 4,4 %
Einzelhandel insgesamt	+ 7,1 %	+ 4,9 %

änderungen auszuschalten. Da die Preise überwiegend gestiegen sind, ist der Zuwachs bei konstanten Preisen kleiner als der bei jeweiligen Preisen. Er beträgt nur 5%. Auch in den einzelnen Bereichen liegt er jeweils um etwa 2% niedriger, so daß sich die Beziehungen untereinander nicht verschoben haben. Wegen der unterschiedlichen Preisentwicklung in den beiden Jahren ergaben sich aber ganz verschiedene Entwicklungen der Zuwachsraten. Sie waren 1963 nämlich besonders niedrig und betrugen in den Bereichen "Nahrungs- und Genußmittel" und "Bekleidung, Wäsche, Schuhe" nur 1,1% und 1,0%. Gegenstände des Hausrats wurden sogar weniger verkauft (- 1,4%). Nur im Bereich der "Sonstigen Waren" war der Zuwachs mit 2,8% leidlich groß.

Die Geschäftszweige des Nahrungs- und Genußmittelhandels haben alle etwa gleich große Zuwachsraten, die hier und im folgenden aus den Umsätzen in jeweiligen Preisen errechnet sind. Nur der Handel mit Wein und Spirituosen springt mit 9% hervor. Anscheinend neigen die Haushalte dazu, die Ausgabenrelationen in den Warenbereichen zu erhalten und dafür die Mengen zu variieren. Jedenfalls zeigen die preisbereinigten Werte größere Unterschiede. Hier wurden bei Obst, Gemüse und Südf Früchten 8% mehr eingesetzt, da die Preise zurückgingen. Preissteigerungen führten dagegen dazu, daß Milch und Milcherzeugnisse um 1% und Fische und Fischwaren um 2% weniger umgesetzt wurden, wenn man für den Vergleich konstante Preise zugrunde legt.

Die Zuwachsrate im Bereich "Bekleidung, Wäsche, Schuhe" wird wesentlich durch die Oberbekleidung bestimmt, die sich verhältnismäßig gut entwickelte.

Nur für Meterware wurde eine noch größere Steigerung erzielt. Auffällig ist das relative Zurückbleiben des Schuhwarenhandels, der als einziger seine vorjährige Zuwachsrate nicht erhöhen konnte.

Der Bereich "Hausrat und Wohnbedarf" ist recht konjunkturrempfindlich. Während im vorigen Jahre die Umsätze noch zum Teil zurückgegangen waren, bei Möbeln sogar um 4%, sind sie 1964 zwischen 6% und 11% gestiegen. Der Anstieg bei den Möbeln gleicht also nicht nur

Änderung der Umsatzwerte 1964 gegenüber 1963
in wichtigen Geschäftszweigen im Bundesgebiet ohne Berlin

Geschäftszweig	Änderung	Geschäftszweig	Änderung
Lebensmittel aller Art	+ 6 %	Eisenwaren u. Küchengeräte	+ 7 %
Obst, Gemüse, Südf Früchte	+ 6 %	Rundfunk-, Fernseh-, Phonoartikel	+ 6 %
Milch u. Milcherzeugnisse	+ 5 %	Möbel	+ 11 %
Tabakwaren	+ 6 %	Apotheken	+ 6 %
Oberbekleidung	+ 7 %	Drogerien	+ 6 %
Textilwaren aller Art	+ 6 %	Kraftwagen und Zubehör	+ 11 %
Schuhwaren	+ 4 %	Brennmaterial	- 11 %

den Rückgang des Vorjahres aus, sondern führt auch noch merklich über das alte Niveau. Dabei sind die Preise hier nicht wesentlich erhöht worden.

Obwohl im Bereich "Sonstige Waren" recht heterogene Geschäftszweige zusammengefaßt sind, wurden auch hier überall höhere Umsätze erzielt. Die einzige Ausnahme bildet der Brennstoffhandel. Da das Jahr 1963 einen strengen Spätwinter hatte, im Herbst 1964 aber besonders milde Witterung herrschte, wurde entsprechend weniger Brennmaterial umgesetzt. Im übrigen sind in diesem Bereich besonders hohe Zuwachsraten zu finden. "Uhren, Gold- und Silberwaren" und "Landmaschinen und Geräte" wurden zu 12% mehr eingesetzt. Der Handel mit Kraftwagen und der Farbhandel erhöhten ihre Umsätze um 11% und die Geschäfte für Seifen, Bürsten und Parfümerieartikel verkauften 10% mehr Waren. Am wenigsten, nämlich um nur 4%, stiegen die Umsätze des Fahrrad- und Kraftradhandels.

Stärker als im Durchschnitt des Einzelhandels wuchsen die Umsätze der Warenhäuser. Insgesamt setzten sie 11% mehr als 1963 um. Am geringsten, nämlich um 9%, erhöhte sich bei ihnen der Bereich "Bekleidung, Wäsche, Schuhe". Hier ist auch der Abstand zum übrigen Einzelhandel am kleinsten. "Nahrungs- und Genußmittel" und "Hausrat und Wohnbedarf" wurden um 13% mehr verkauft, der übrige Umsatz stieg um 14%. Der Versandhandel mit warenhausähnlichem Sortiment konnte seine Geschäftstätigkeit insgesamt sogar um 14% ausweiten. Es mag noch erwähnt werden, daß die Konsumgenossenschaften ihre Umsätze nur um 4% vergrößern konnten. Damit blieben sie sowohl hinter dem Durchschnitt des Einzelhandels, als auch hinter dem Durchschnitt des Bereiches "Nahrungs- und Genußmittel", in dem ihr Schwerpunkt liegt, zurück.

Dipl.-Math. Gerhard Schaub

Vergleiche auch: "Die Einzelhandelsumsätze 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 349 (November)

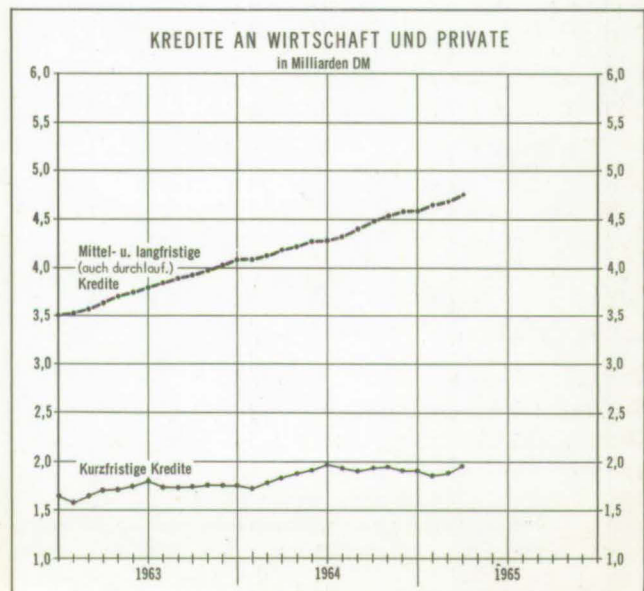
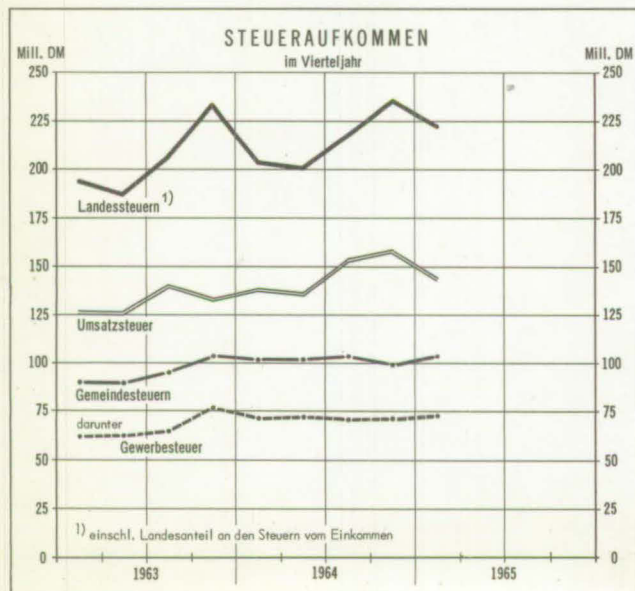
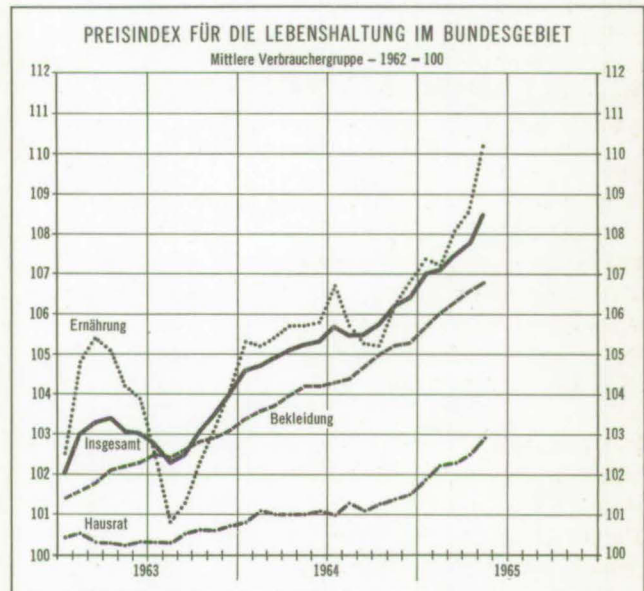
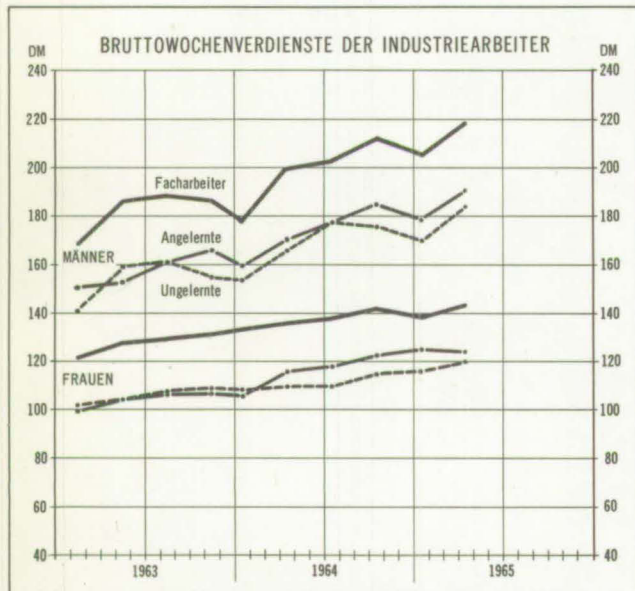
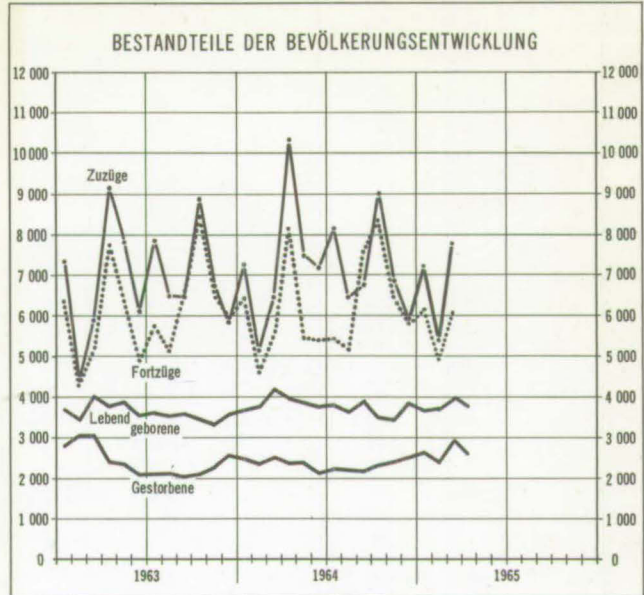
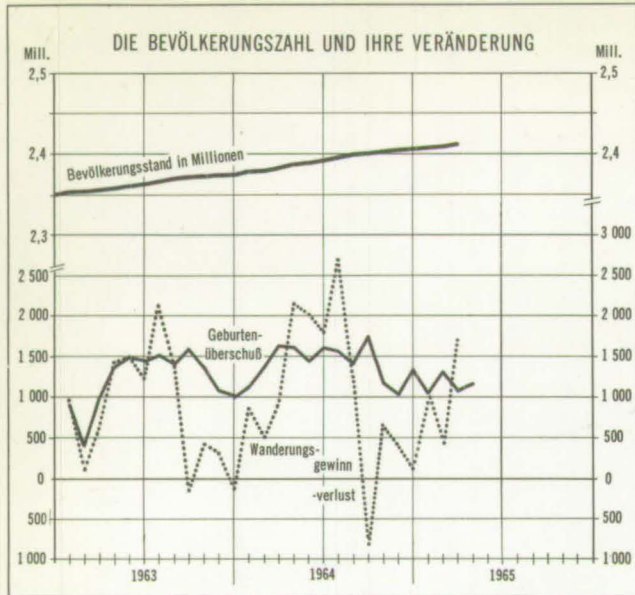
Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

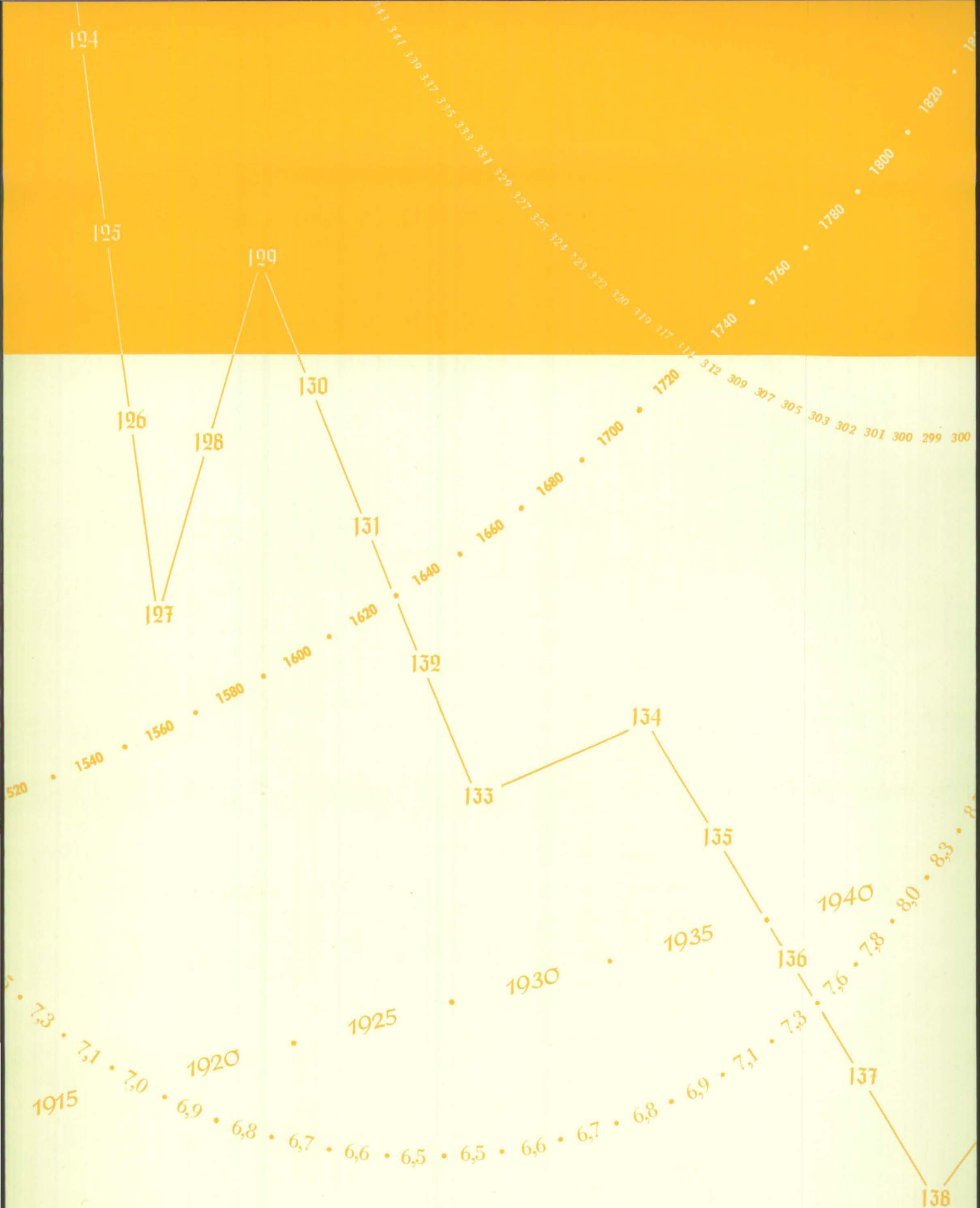
Heft/Seite

Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Höhenlagen	6/141
Gesundheitswesen	
Sterbefälle und Todesursachen	1/5
Unterricht, Bildung und Kultur	
Schülerbewegung in den Volksschulen	4/76
Universität, 300 Jahre –	5/99
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Straffälligkeit 1963	3/54
Erwerbstätigkeit	
Berufspendler nach dem Zeitaufwand	6/124
Erwerbspersonen am Arbeitsort	2/45
Vertriebene in der Wirtschaft	6/142
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Gartenbau, Betriebsstruktur im –	6/126
Mechanisierung Landwirtschaft	1/11
Milcherzeugung und -verwendung	4/78
Industrie und Handwerk	
Handwerk, Strukturveränderung –	6/136
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1964	2/35
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1962 und 1963	1/18
Fremdenverkehr 1963 und 1964	2/41
Verkehr	
Güterverkehr Wasser 1963	4/86
Postleistungen 1964	6/143
Öffentliche Sozialleistungen	
Krankenstand 1949 bis 1964	5/116
Öffentliche Finanzen	
Einkommen, Veranlagte – 1961	2/31
Einkünfte der freien Berufe	4/90
Kraftfahrzeugsteuer 1964	1/4
Landeshaushalt 1965	3/51
Preise	
Baulandmarkt	3/58
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise –	4/94
Speisen und Getränke, Preise für –	1/21
Löhne und Gehälter	
Personalstruktur Gewerbe	3/66
Vermögensbildung der Arbeitnehmer	2/48
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt der Kreise	2/28
Wirtschaftsstruktur	
Wirtschaftsräumliche Gliederungen	5/103

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey
 Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 20,- DM
 - Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen